



# Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen

2021	Ausgegeben zu Erfurt, den 28. Mai 2021	Nr. 13
------	--	--------

	Inhalt	Seite
05.05.2021	Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes.....	215
05.05.2021	Thüringer Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR).....	216
11.05.2021	Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG).....	231
15.04.2021	Zweite Verordnung zur Änderung der Thüringer Feuerwehr-Organisationsverordnung.....	233
23.04.2021	Thüringer Verordnung zur Änderung der Regelungen über die Studienplatzvergabe und die Kapazitätsberechnung.....	239
05.05.2021	Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des höheren agrar-, forst- und umweltbezogenen Dienstes im Fachgebiet Forst (ThürAPOhDForst).....	241
05.05.2021	Dritte Verordnung zur Änderung der Thüringer Verordnung über die Zuordnung von Funktionen zu den Ämtern mit Grundamtsbezeichnungen für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums.....	248

• Für Abonnenten liegt dieser Ausgabe das Inhaltsverzeichnis 2020 bei. •

## Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes Vom 5. Mai 2021

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### Artikel 1

In § 40 b des Thüringer Schulgesetzes in der Fassung vom 30. April 2003 (GVBl. S. 238), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277) geändert worden ist, wird nach Absatz 1 folgender Absatz 1a eingefügt:

"(1a) Für jede Schule wird ein Schulkonto eingerichtet und geführt. Dies erfolgt in der Regel im Namen des Freistaats Thüringen. Bestehende Schulkonten, welche durch Schulträger eingerichtet wurden, können weitergeführt werden.

Das Schulkonto dient allein schulischen Zwecken. Es wird insbesondere für den Zahlungsverkehr genutzt, um Beiträge für schulische Veranstaltungen zu sammeln und weiterzuleiten. Die Konten können auch genutzt werden, um unter Einhaltung der entsprechenden rechtlichen Vorgaben öffentliche Mittel zu bündeln und zu verwalten. Die näheren Einzelheiten der Kontoführung regelt das für Bildung zuständige Ministerium im Benehmen mit den für Finanzen und Kommunales zuständigen Ministerien durch Rechtsverordnung."

### Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Erfurt, den 5. Mai 2021  
Die Präsidentin des Landtags  
Birgit Keller

## Thüringer Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) Vom 5. Mai 2021

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 2

§ 1

Dem am 22. Dezember 2020 in Erfurt vom Freistaat Thüringen unterzeichneten Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) zwischen dem Freistaat Sachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Freistaat Thüringen wird zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem § 44 Satz 1 in Kraft tritt, wird von der Präsidentin des Landtags im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen bekannt gemacht.

Erfurt, den 5. Mai 2021  
Die Präsidentin des Landtags  
Birgit Keller

### Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR)

#### Inhaltsverzeichnis

Präambel

§ 1	Aufgabe und Rechtsform
§ 2	Regionale Gliederung
§ 3	Angebote
§ 4	Angebote der Landesfunkhäuser
§ 5	Freiheit und öffentliche Verantwortung des Rundfunks
§ 6	Auftrag
§ 7	Angebotsrealisierung
§ 8	Angebotsgrundsätze
§ 9	Jugendschutz
§ 10	Werbung und Sponsoring
§ 11	Verlautbarungen, Sendezeiten für Dritte
§ 12	Gegendarstellung
§ 13	Beschwerderecht
§ 14	Beweissicherung
§ 15	Organe
§ 16	Zusammensetzung des Rundfunkrates
§ 17	Aufgaben des Rundfunkrates
§ 18	Amtszeit und Vorsitz des Rundfunkrates
§ 19	Sitzungen des Rundfunkrates und Öffentlichkeit
§ 20	Beschlüsse und Arbeitsweise des Rundfunkrates
§ 21	Ausschüsse des Rundfunkrates
§ 22	Zusammensetzung des Verwaltungsrates
§ 23	Aufgaben des Verwaltungsrates
§ 24	Amtszeit des Verwaltungsrates
§ 25	Sitzungen des Verwaltungsrates
§ 26	Intendantin oder Intendant
§ 27	Wahl und Abberufung der Intendantin oder des Intendanten
§ 28	Zustimmungsbedürftige Angelegenheiten
§ 29	Wirtschaftsführung
§ 30	Jahresabschluss- und Geschäftsbericht
§ 31	Finanzordnung
§ 32	Finanzkontrolle

§ 33	Kommerzielle Tätigkeiten, Beteiligungen an Unternehmen
§ 34	Rechtsaufsicht
§ 35	Personalvertretung
§ 36	Geltung von Datenschutzvorschriften
§ 37	Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken, Medienprivileg
§ 38	Ernennung der Rundfunkbeauftragten oder des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz beim MDR und der Datenschutzbeauftragten oder des Datenschutzbeauftragten des MDR
§ 39	Unabhängigkeit der Rundfunkdatenschutzbeauftragten oder des Rundfunkdatenschutzbeauftragten
§ 40	Aufgaben und Befugnisse der Rundfunkdatenschutzbeauftragten oder des Rundfunkdatenschutzbeauftragten
§ 41	Gleichstellung und Chancengleichheit
§ 42	Gültigkeit und Kündigung
§ 43	Übergangsbestimmungen
§ 44	Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Präambel

Der Freistaat Sachsen, das Land Sachsen-Anhalt und der Freistaat Thüringen kommen darin überein, nach einem erfolgreichen Aufbau eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks den Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk zu überarbeiten und zu modernisieren. Sie wollen damit den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen stärken, in den drei mitteldeutschen Ländern die kulturelle Vielfalt und Identität fördern sowie zum demokratischen Dialog, zur Sicherung der Meinungsvielfalt und Erhalt der Lebensgrundlagen und des Friedens beitragen. Die vertragschließenden Länder sind sich darüber einig, dass durch die Neufassung des Staatsvertrages der bisherige Mitteldeutsche Rundfunk in seinem rechtlichen Bestand als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nicht berührt wird.

Im Rahmen einer konvergenten Medienwelt soll der Mitteldeutsche Rundfunk durch die Herstellung und Verbreitung seiner Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier Meinungsbildung wirken. Der Mehrländeranstalt kommt dadurch eine besondere publizistische Bündelungswirkung und Einordnungsfunktion zu.

Die qualitativ hochwertigen und multimedialen Angebote des Mitteldeutschen Rundfunks sollen dazu insbesondere das öffentliche Geschehen, die politischen Ereignisse, das kulturelle Leben sowie Entwicklungen in der Gesellschaft darstellen und dabei umfassend die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte einbeziehen. Die Angebote müssen sich an sämtliche Bevölkerungsgruppen richten und alle Altersgruppen erreichen; hierbei ist auch den Belangen von Menschen mit Behinderung besondere Rechnung zu tragen. Bei dieser Angebotsrealisierung sind regionale Produzentinnen und Produzenten zu berücksichtigen.

Der Mitteldeutsche Rundfunk trägt dazu bei, dass die Wahrnehmbarkeit der Abbildung der Lebenswirklichkeit der Menschen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in dem ARD-Gemeinschaftsangebot erhöht wird. Dabei ist es Ziel, die gemeinschaftliche Kraft des als Mehrländeranstalt konzipierten Mitteldeutschen Rundfunks in alle seine Regionen wirken zu lassen.

### § 1

#### Aufgabe und Rechtsform

(1) Die Rundfunkanstalt Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) ist eine gemeinnützige rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zur Veranstaltung von Rundfunk und Telemedienangeboten in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Sendegebiet) mit Sitz in Leipzig.

(2) Der MDR hat das Recht der Selbstverwaltung. Er gibt sich eine Satzung.

(3) Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des MDR ist nicht zulässig.

(4) Für den MDR gelten die medienrechtlichen Staatsverträge der Länder.

### § 2

#### Regionale Gliederung

(1) Der MDR unterhält Landesfunkhäuser in Dresden, Magdeburg und Erfurt. Regionalstudios sind den Landesfunkhäusern in den Ländern zuzuordnen, in denen sie betrieben werden.

(2) Die gemeinsamen und überregionalen Aufgaben des MDR (Zentralbereich) werden vom Sitz der Anstalt in Leipzig aus erledigt. Ein trimedial aufgestellter in sich geschlossener Direktionsbereich nebst den dazu gehörenden Produktionskapazitäten der etwa ein Viertel des Zentralbereiches umfasst, ist in Halle (Saale) angesiedelt. Die von der Anstalt gegründete MDR Media GmbH hat ihren Sitz in Erfurt. Die Intendantin oder der Intendant hat im Rahmen des Möglichen darauf hinzuwirken, dass den Ländern ihre Anteile an den Einnahmen des MDR mittelfris-

tig zu Gute kommen. Dazu ist dem Rundfunkrat und dem Verwaltungsrat erstmalig sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Staatsvertrages und sodann alle drei Jahre ein Bericht vorzulegen. Die in Satz 5 genannten Gremien können Maßnahmen zur Umsetzung empfehlen.

### § 3

#### Angebote

(1) Angebote des MDR sind Rundfunkprogramme (Hörfunk und Fernsehen) und das Telemedienangebot. Der MDR beteiligt sich an den Angeboten, die gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten in Deutschland (ARD) und dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) gemäß den staatsvertraglichen Ermächtigungen veranstaltet werden.

(2) Der MDR veranstaltet ein gemeinsames Fernsehprogramm (MDR Fernsehen), in dem Beiträge der Landesfunkhäuser enthalten sein sollen, die jeweils ein landesspezifisches Erscheinungsbild aufweisen. Das MDR Fernsehen ist in angemessenem Umfang landesspezifisch auseinanderzuschalten (Landesprogramme).

(3) Der MDR veranstaltet im Hörfunk neben den drei Landesprogrammen für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen weitere Hörfunkprogramme mit den Schwerpunkten Informationen, Bildung, Kultur und Unterhaltung. Hierzu gehören auch drei digitale terrestrische Hörfunkprogramme nach § 29 Absatz 2 Satz 2 des Medienstaatsvertrages (MStV). Die Anzahl der Hörfunkprogramme, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrages verbreitet wurden, darf nicht überschritten werden.

(4) Soweit zuständig stellen die Länder dem MDR die für die Angebote benötigten technischen Übertragungsmöglichkeiten zur Verfügung. Bei der Auswahl des Übertragungsweges hat der MDR die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

(5) Der MDR hat darauf hinzuwirken, dass die vollständige Versorgung der Rundfunkteilnehmerinnen und Rundfunkteilnehmer mit Landesprogrammen unverzüglich im Rahmen seiner technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten sichergestellt wird. Diese Verpflichtung hat Vorrang vor der vollständigen Versorgung mit seinen übrigen Programmen und vor seinen sonstigen Entwicklungsmöglichkeiten.

### § 4

#### Angebote der Landesfunkhäuser

(1) Jedes Landesfunkhaus soll jeweils ein Landesprogramm im Fernsehen und ein Landesprogramm im Hörfunk veranstalten sowie landesspezifische Telemedien veranstalten sowie landesspezifische Telemedien herstellen, die Teil des Telemedienangebots des MDR sind. Die landesspezifischen Telemedien können untereinander und mit den Telemedien des Zentralbereiches vernetzt werden. Diese Angebote sollen insbesondere das öffentliche Geschehen, die politischen Ereignisse, die Entwicklung von Klima und Umwelt, das kulturelle Leben sowie die wirtschaftliche Entwicklung in den jeweiligen Ländern und ihren Regionen darstellen und einordnen.

(2) Die Angebote nach Absatz 1 Satz 1 werden von der jeweiligen Direktorin oder dem jeweiligen Direktor des Landesfunkhauses verantwortet. Die Intendantin oder der Intendant bleibt für die Einhaltung der Grundsätze der Angebotsgestaltung verantwortlich.

(3) Die Landesfunkhäuser werden für die Gestaltung der gemeinsamen Angebote herangezogen.

(4) Die Landesfunkhäuser können die gemeinsame Gestaltung von Teilen ihrer Angebote vereinbaren. Soweit dies nicht nur für einzelne Angebote erfolgen soll, ist die Zustimmung des Rundfunkrates erforderlich. Sie können bei der Programmgestaltung mit Zustimmung des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates nach Maßgabe des § 17 Absatz 4 Nummer 9 auch mit anderen Rundfunkanstalten zusammenarbeiten.

### § 5

#### Freiheit und öffentliche Verantwortung des Rundfunks

Der MDR erfüllt seine Aufgaben auf der Grundlage der verfassungsrechtlich garantierten Rundfunkfreiheit und unter Mitwirkung der bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen im Sendebereich im Rahmen des geltenden Rechts.

### § 6

#### Auftrag

(1) Der MDR hat in seinen Angeboten einen objektiven und umfassenden Überblick über das internationale, europäische und nationale Geschehen zu geben sowie im Schwerpunkt über das Geschehen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu berichten. Die Vielfalt ihrer Regionen, der Kultur und Sprache sind in den Angeboten angemessen zu berücksichtigen. Dabei dient das Angebot der Information und Bildung sowie der Beratung und Unterhaltung und hat dem kulturellen Auftrag des Rundfunks zu entsprechen. Der MDR dient der freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung.

(2) Die Gliederung des Sendebereiches in Länder ist auch in den gemeinsam veranstalteten Angeboten angemessen zu berücksichtigen.

(3) Die Angebote des MDR haben den Belangen aller Bevölkerungsgruppen, auch der Minderheiten, Rechnung zu tragen.

(4) Die Angebote des MDR sollen auch einen angemessenen Anteil von Werken europäischen Ursprungs enthalten. Dabei sind die Nachbarstaaten des MDR-Sendebereiches besonders zu berücksichtigen.

### § 7

#### Angebotsrealisierung

(1) Der MDR soll im Rahmen seines Auftrages neben Eigenproduktionen in angemessenem Umfang Dritte mit der Herstellung medialer Inhalte beauftragen. Er kann nach § 26 Absatz 4 MStV auch mit anderen Rundfunkanstalten

zusammenarbeiten. Der MDR gewährt den Unternehmen sowie Urheberinnen oder Urhebern und Leistungsschutzberechtigten bei der Auftragsvergabe von medialen Inhalten ausgewogene Vertragsbedingungen und eine faire Aufteilung der Verwertungsrechte.

(2) An Rundfunkveranstaltern privaten Rechts darf sich der MDR nicht beteiligen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates.

### § 8

#### Angebotsgrundsätze

(1) Der MDR ist in seinen Angeboten an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden und der Wahrheit verpflichtet. Er trägt zur Verwirklichung der freiheitlich demokratischen Grundordnung bei und fördert die Zusammengehörigkeit im vereinigten Deutschland.

(2) Der MDR hat in seinen Angeboten die Würde des Menschen sowie die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer zu achten. Er soll dazu beitragen, die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit, vor Glauben und Meinung anderer zu stärken und die Gleichstellung der Geschlechter und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu fördern und Diskriminierungen entgegenzuwirken. Die Angebote dürfen sich nicht gegen die Menschenrechte und gegen die Wahrung von Frieden und Freiheit richten. Die Angebote sollen insbesondere das öffentliche Geschehen, die politischen Ereignisse, die Entwicklung von Klima und Umwelt, das kulturelle Leben sowie die wirtschaftliche Entwicklung in den jeweiligen Ländern und ihren Regionen darstellen und einordnen.

(3) Alle Informationsangebote (Nachrichten und Berichte) sind gewissenhaft zu recherchieren und wahrheitsgetreu und sachlich zu halten. Nachrichten sind vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen. Die Redakteurinnen oder die Redakteure sind bei der Auswahl und Verbreitung der Nachrichten zur Objektivität und Überparteilichkeit verpflichtet. Kommentare sind deutlich von Nachrichten zu trennen und unter Nennung der Verfasserin oder des Verfassers als persönliche Stellungnahme zu kennzeichnen. Sie haben dem Gebot journalistischer Fairness zu entsprechen.

(4) Der MDR stellt sicher, dass

1. die Vielfalt der bestehenden Meinungen und der religiösen, weltanschaulichen, politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Richtungen im Gesamtangebot der Anstalt in möglichst Breite und Vollständigkeit Ausdruck findet,
2. die bedeutsamen gesellschaftlichen Kräfte im Sendebereich im Gesamtprogramm der Anstalt zu Wort kommen,
3. das Gesamtangebot der Anstalt nicht einseitig einer Partei oder Gruppe, einer Interessengemeinschaft, einem Bekenntnis oder einer Weltanschauung dient. Der MDR soll in seiner Berichterstattung angemessene Zeit für die Behandlung kontroverser Themen von allgemeiner Bedeutung vorsehen. Wertende und ana-

lysierende Einzelbeiträge haben dem Gebot der journalistischen Fairness zu entsprechen. Ziel der Berichterstattung ist es, umfassend zu informieren.

### § 9 Jugendschutz

Die für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geltenden Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV) finden Anwendung.

### § 10 Werbung und Sponsoring

(1) Für den MDR gelten die auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk anwendbaren Bestimmungen des MStV über Werbung und Sponsoring sowie die nachfolgenden Bestimmungen.

(2) Der MDR veranstaltet Werbung im Fernsehprogramm nach § 28 Abs. 1 Nr. 1 MStV.

(3) Der MDR kann in seinen Hörfunklandesprogrammen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 und in einem weiteren Programm werben. Der zeitliche Umfang der Werbung wird durch Vereinbarung der Ministerpräsidentinnen oder der Ministerpräsidenten festgelegt. Die Werbung darf jedoch insgesamt 90 Minuten werktäglich im Jahresdurchschnitt nicht überschreiten.

### § 11 Verlautbarungen, Sendezeiten für Dritte

(1) Der MDR hat der Bundesregierung und den Regierungen der Länder in Katastrophenfällen und bei anderen erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung für amtliche Verlautbarungen angemessene Sendezeit unverzüglich und unentgeltlich einzuräumen. Verlautbarungen sind barrierefrei zu gestalten.

(2) Parteien oder sonstige politische Vereinigungen erhalten während ihrer Beteiligung an Wahlen der Abgeordneten der Bundesrepublik Deutschland zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag oder zu den gesetzgebenden Körperschaften der Länder angemessene Sendezeiten entsprechend § 5 Absatz 1 bis 3 des Parteiengesetzes, wenn für sie ein Wahlvorschlag zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag oder zu den gesetzgebenden Körperschaften der Länder zugelassen ist.

(3) Den evangelischen Kirchen, der Katholischen Kirche und den jüdischen Gemeinden sind auf Wunsch angemessene Sendezeiten zur Übertragung religiöser Sendungen einzuräumen.

(4) Für Inhalt und Gestaltung der Sendungen ist diejenige oder derjenige verantwortlich, der oder dem die Sendezeit eingeräumt worden ist.

### § 12 Gegendarstellung

(1) Der MDR ist verpflichtet, durch Rundfunk die Gegendarstellung der Person oder Stelle zu verbreiten, die durch eine vom MDR verbreitete Tatsachenbehauptung betroffen ist.

(2) Die Pflicht zur Verbreitung der Gegendarstellung besteht nicht, wenn

1. die betroffene Person oder Stelle kein berechtigtes Interesse an der Verbreitung hat oder
2. die Gegendarstellung ihrem Umfang nach nicht angemessen ist, insbesondere den Umfang des beanstandeten Teils der Sendung erheblich überschreitet.

(3) Die Gegendarstellung muss sich auf tatsächliche Angaben beschränken und darf keinen strafbaren Inhalt haben. Sie bedarf der Schriftform und muss von der betroffenen Person oder deren gesetzliche Vertreterin oder deren gesetzlichem Vertreter unterzeichnet sein. Die betroffene Person oder deren gesetzliche Vertretung kann die Verbreitung der Gegendarstellung nur verlangen, wenn die Gegendarstellung unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Monaten seit der Verbreitung, dem MDR zugeht. Die Gegendarstellung muss die beanstandete Sendung und Tatsachenbehauptung enthalten.

(4) Die Verbreitung der Gegendarstellung muss unverzüglich innerhalb des gleichen Programmes und der gleichen Programmsparte wie die beanstandete Tatsachenbehauptung sowie zur gleichen Tageszeit oder, soweit dies nicht möglich ist, zu einer Sendezeit verbreitet werden, die der Zeit der beanstandeten Sendung gleichwertig ist. Die Verbreitung erfolgt ohne Einschaltungen und Weglassungen. Eine Erwiderung auf die verbreitete Gegendarstellung muss sich auf tatsächliche Angaben beschränken.

(5) Die Verbreitung der Gegendarstellung erfolgt unentgeltlich. Dies gilt nicht, wenn sich die Gegendarstellung gegen eine Tatsachenbehauptung richtet, die in einer Werbesendung verbreitet worden ist.

(6) Für die Durchsetzung des Anspruches ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Auf Antrag der betroffenen Person kann das Gericht anordnen, dass der MDR in der Form nach Absatz 4 eine Gegendarstellung verbreitet. Auf das Verfahren sind die Bestimmungen der Zivilprozessordnung über das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Verfügung entsprechend anzuwenden. Eine Gefährdung des Anspruches braucht nicht glaubhaft gemacht zu werden. Ein Verfahren zur Hauptsache findet nicht statt.

(7) Die Absätze 1 bis 6 gelten nicht für wahrheitsgetreue Berichte über öffentliche Sitzungen des Europäischen Parlaments, der gesetzgebenden Organe des Bundes, der deutschen Länder und der Vertretungen der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Gerichte sowie für Sendungen nach § 11 Absatz 1 und 2. Zu einer Gegendarstellung kann eine Gegendarstellung nicht verlangt werden.

(8) Für die Gegendarstellung bei Telemedien gilt § 20 MStV.

### § 13 Beschwerderecht

Jeder hat das Recht, sich mit einer Beschwerde zu den Angeboten an die Intendantin oder den Intendanten des MDR zu wenden. Die Beschwerden sind nach Eingang beim MDR innerhalb einer Frist von drei Monaten zu bescheiden. Macht die Beschwerdeführerin oder der Beschwerdeführer gegen den Bescheid Einwendungen geltend und ist die Intendantin oder der Intendant nicht bereit, diesen Rechnung zu tragen, so hat die Intendantin oder der Intendant den nach der Satzung zuständigen Ausschuss des Rundfunkrates zu unterrichten. Die Intendantin oder der Intendant hat die Entscheidung des Ausschusses der Beschwerdeführerin oder dem Beschwerdeführer mitzuteilen.

### § 14 Beweissicherung

(1) Von allen Rundfunksendungen, die der MDR verbreitet, sind vollständige Ton- und Bildaufzeichnungen herzustellen und aufzubewahren. Bei der Sendung einer Aufzeichnung oder eines Filmes kann abweichend von Satz 1 die Aufzeichnung oder der Film aufbewahrt werden. Die Aufbewahrungsfrist beträgt drei Monate. Wird innerhalb dieser Frist eine Sendung beanstandet, so ist die Aufzeichnung oder der Film aufzubewahren, bis die Beanstandung durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung, durch gerichtlichen Vergleich oder auf andere Weise erledigt ist.

(2) Wer schriftlich glaubhaft macht, in seinen Rechten betroffen zu sein, kann vom MDR Einsicht in die Aufzeichnungen nach Absatz 1 Satz 1 und 2 verlangen und hiervon auf eigene Kosten vom MDR Mehrfertigungen herstellen lassen.

(3) Soweit der MDR Telemedien anbietet, stellt er in geeigneter Weise sicher, dass berechtigten Interessen Dritter auf Beweissicherung angemessen Rechnung getragen wird. Davon ausgenommen sind Chat- und Kommentarverläufe.

(4) Der MDR hat auf Verlangen Namen und Dienstanschrift der Intendantin oder des Intendanten und der sonstigen für die Angebote Verantwortlichen mitzuteilen.

(5) Im Rahmen der Rechtsaufsicht nach § 34 kann jedes der Länder Einsicht in die Aufzeichnungen und Filme nach Absatz 1 Satz 1 und 2 verlangen.

### § 15 Organe

(1) Die Organe des MDR sind:

1. der Rundfunkrat,
2. der Verwaltungsrat,
3. die Intendantin oder der Intendant.

(2) Organ oder Mitglied eines Organes kann nur sein, wer frei von Belastungen der Vergangenheit im Sinne der für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst der Länder geltenden Voraussetzungen ist.

(3) Die Mitgliedschaft im Rundfunkrat und die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat schließen sich gegenseitig aus. Ein Mitglied kann dem Rundfunkrat oder dem Verwaltungsrat in höchstens drei Amtsperioden angehören. Die Amtsdauer in beiden Gremien darf vier Amtsperioden nicht überschreiten. § 43 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

(4) Dem Rundfunkrat und dem Verwaltungsrat dürfen nicht angehören:

1. Mitglieder des Europäischen Parlamentes, des Deutschen Bundestages oder eines Landtages,
2. Mitglieder der Europäischen Kommission, der Bundesregierung oder einer Landesregierung,
3. hauptamtliche kommunale Wahlbeamtinnen oder Wahlbeamte,
4. Beamtinnen oder Beamte, die jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können;
5. Vertreterinnen oder Vertreter der kommunalen Spitzenverbände auf Leitungsebene,
6. Mitglieder im Vorstand einer Partei nach § 2 Absatz 1 Satz 1 des Parteiengesetzes auf Bundes- oder Landesebene; die alleinige Mitgliedschaft in einem Parteischiedsgericht nach § 14 des Parteiengesetzes steht einer Mitgliedschaft im Rundfunkrat oder Verwaltungsrat nicht entgegen.

Ausgenommen von Satz 1 sind die Vertreterinnen oder Vertreter nach § 16 Absatz 1 Nummer 1, 2 und 11 sowie ein Anteil von höchstens einem Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates.

(5) Die Mitglieder des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates dürfen keine wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen haben, die geeignet sind, die Erfüllung ihrer Aufgaben als Mitglieder des Rundfunkrates oder des Verwaltungsrates zu gefährden (Interessenkollision). Ferner dürfen dem Rundfunkrat oder Verwaltungsrat nicht angehören:

1. Angestellte oder arbeitnehmerähnliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des MDR,
2. Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis zu einem Tochterunternehmen des MDR oder zu einem mit diesem verbundenen Unternehmen (§ 15 des Aktiengesetzes) stehen,
3. Personen, die den Aufsichtsorganen oder Gremien eines anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalters angehören oder in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis oder in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis zu diesem stehen,
4. Personen, die privaten Rundfunkveranstalter, den Aufsichtsorganen oder Gremien eines privaten Rundfunkveranstalters, eines Anbieters von Telemedien oder eines Betreibers einer Plattform oder eines mit diesem verbundenen Unternehmens (§ 15 des Aktiengesetzes) angehören oder in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis zu diesem stehen,
5. Personen, die den Aufsichtsorganen oder Gremien einer Landesmedienanstalt angehören oder Organen, denen sich eine Landesmedienanstalt zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient, oder die zu diesen Organen oder einer Landesmedienanstalt in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen.

(6) Der in Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5 genannte Personenkreis kann frühestens zwölf Monate nach dem Aus-

scheiden aus seinem dort genannten Amt oder seiner dort genannten Funktion in den Rundfunkrat oder Verwaltungsrat entsandt oder gewählt werden. Für den in Absatz 4 Satz 1 genannten Personenkreis gilt Absatz 4 Satz 2 entsprechend.

(7) Kein Mitglied des Rundfunkrates oder des Verwaltungsrates darf für den MDR gegen Entgelt oder für ein anderes Rundfunkunternehmen oder einen Zusammenschluss von Rundfunkunternehmen tätig sein. Dies gilt nicht für eine gelegentliche Vortragstätigkeit.

(8) Dem Rundfunkrat und dem Verwaltungsrat darf nur angehören, wer zu den gesetzgebenden Körperschaften der Länder wählbar ist und im Sendegebiet wohnt.

(9) Die Mitglieder des Rundfunkrates haben bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Sie sind in ihrer Amtsführung an Aufträge oder Weisungen nicht gebunden.

## § 16

### Zusammensetzung des Rundfunkrates

(1) Der Rundfunkrat setzt sich zusammen aus:

1. je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Landesregierungen,
2. je drei Vertreterinnen oder Vertretern der Landtage, die mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des jeweiligen Landtages gewählt werden,
3. einem Mitglied der evangelischen Kirchen, im amtsperiodenweisen Wechsel aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt,
4. einem Mitglied der Diakonie Deutschland, Evangelischer Bundesverband des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung e. V., im amtsperiodenweisen Wechsel aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen,
5. einem Mitglied der katholischen Kirche, im amtsperiodenweisen Wechsel aus Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen,
6. einem Mitglied der Diözesan-Caritasverbände, im amtsperiodenweisen Wechsel aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt,
7. einem Mitglied der jüdischen Kultusgemeinden, im amtsperiodenweisen Wechsel aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen,
8. sechs Mitgliedern der Arbeitnehmersverbände, und zwar je zwei Mitglieder aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen,
9. zwei Mitgliedern der Arbeitgeberverbände, im amtsperiodenweisen Wechsel aus Sachsen-Anhalt und Thüringen, aus Sachsen und Thüringen sowie aus Sachsen und Sachsen-Anhalt,
10. drei Mitgliedern der Handwerksverbände, und zwar je ein Mitglied aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen,
11. zwei Mitgliedern der kommunalen Spitzenverbände, im amtsperiodenweisen Wechsel aus Sachsen und Sachsen-Anhalt, aus Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie aus Sachsen und Thüringen,
12. einem Mitglied der Industrie und Handelskammern, und zwar aus Sachsen,

13. einem Mitglied der Bauernverbände, im Wechsel nach jeder zweiten Amtsperiode aus Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen,
14. einem Mitglied des Deutschen Olympischen Sportbundes, im Wechsel nach jeder zweiten Amtsperiode aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen,
15. einem Mitglied der Jugendverbände, im Wechsel nach jeder zweiten Amtsperiode aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt,
16. einem Mitglied der Frauenverbände, im Wechsel nach jeder zweiten Amtsperiode aus Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen,
17. einem Mitglied der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., und zwar aus Sachsen,
18. einer Angehörigen oder Angehörigen des sorbischen Volkes, und zwar aus Sachsen,
19. einem Mitglied der Verbände von Menschen mit Behinderungen, im Wechsel nach jeder zweiten Amtsperiode aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt,
20. einem Mitglied der Kulturverbände, und zwar aus Sachsen,
21. einem Mitglied der Natur-, Umwelt- und Klimaschutzverbände und zwar aus Thüringen,
22. einem Mitglied der LSBTTIQ-Verbände, und zwar aus Sachsen-Anhalt,
23. einem Mitglied der Migrantenvverbände, im Wechsel nach jeder zweiten Amtsperiode aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen,
24. je einem Mitglied acht weiterer gesellschaftlich bedeutsamer Organisationen und Gruppen, von denen die gesetzgebende Körperschaft des Freistaates Sachsen vier und die des Landes Sachsen-Anhalt sowie des Freistaates Thüringen je zwei bestimmen, und zwar insbesondere auch aus dem Bereich der Familienverbände sowie aus Wissenschaft und Forschung.

(2) Weitere gesellschaftlich bedeutsame Organisationen und Gruppen nach Absatz 1 Nummer 24 können sich bis spätestens vier Monate vor Ablauf der Amtszeit des Rundfunkrates bei dem Landtag des Landes, in dessen Gebiet sie wirken, um einen Sitz im Rundfunkrat bewerben. Die gesetzgebende Körperschaft des jeweiligen Landes bestimmt mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder für jeweils eine Amtsperiode des Rundfunkrates, welcher der Organisationen oder Gruppen, die sich beworben haben, ein Sitz zusteht. Der jeweilige Landtag informiert die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Rundfunkrates und die betroffenen Organisationen und Gruppen über den jeweils gefassten Beschluss.

(3) Die Organisationen und Gruppen, denen nach Absatz 1 Sitze im Rundfunkrat zustehen, entsenden die Mitglieder in eigener Verantwortung. Dabei sind Frauen und Männer angemessen zu berücksichtigen. Sofern ein neues Mitglied entsandt wird, soll einem Mann eine Frau und einer Frau ein Mann nachfolgen. Die Organisationen und Gruppen unterrichten die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des amtierenden Rundfunkrates über ihre Entscheidung. Diese oder dieser stellt die ordnungsgemäße Entsendung fest. Die entsendungsberechtigten Stellen haben auf Verlangen der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden des amtierenden Rundfunkrates alle Angaben zu machen, die zur Nachprüfung der Voraussetzungen erforderlich sind. Sind

mehrere Verbände zur Entsendung berechtigt und kommt es zwischen diesen zu keiner Einigung, bestimmt der Rundfunkrat mit der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder den zur Entsendung berechtigten Verband.

(4) Solange und soweit Mitglieder in den Rundfunkrat nicht entsandt werden, verringert sich die Mitgliederzahl entsprechend. Scheidet ein Mitglied des Rundfunkrates vorzeitig aus, ist für den Rest der Amtszeit eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger nach den für die Entsendung des ausgeschiedenen Mitgliedes geltenden Bestimmungen zu bestimmen.

### § 17

#### Aufgaben des Rundfunkrates

(1) Der Rundfunkrat wacht darüber, dass der MDR seinen staatsvertraglichen Auftrag erfüllt, soweit nicht der Verwaltungsrat zuständig ist, und übt die ihm hierzu eingeräumten Kontrollrechte aus. Er vertritt die Interessen der Allgemeinheit und trägt dabei der Vielfalt der Meinungen Rechnung.

(2) Der Rundfunkrat überwacht die Einhaltung der für die Angebote geltenden Grundsätze (§§ 6 und 8) und hierzu erlassener Richtlinien und berät die Intendantin oder den Intendanten in allgemeinen Angelegenheiten der Angebote. Er kann feststellen, dass einzelne Angebote gegen diese Grundsätze verstoßen und die Intendantin oder den Intendanten mit schriftlicher Begründung auffordern, einen festgestellten Verstoß nicht fortzusetzen oder künftig zu unterlassen. Soweit die Angebote nach § 4 Absatz 2 Satz 1 von der Direktorin oder von dem Direktor des Landesfunkhauses verantwortet werden, treten die Mitglieder des Rundfunkrates des jeweiligen Landes an die Stelle des Rundfunkrates.

(3) Der Vorschlag der Intendantin oder des Intendanten für die Berufung einer Landesfunkhausdirektorin oder eines Landesfunkhausdirektors bedarf der Zustimmung des Rundfunkrates. Die Berufung erfolgt auf Zeit und darf nicht gegen das Votum der Mehrheit der Mitglieder des Rundfunkrates, in deren Land das Funkhaus liegt, erfolgen.

(4) Der Rundfunkrat hat ferner folgende Aufgaben:

1. Beschlussfassung über die Satzung im Benehmen mit dem Verwaltungsrat,
2. Beschlussfassung über Richtlinien der Angebotsgestaltung,
3. Wahl und Abberufung der Intendantin oder des Intendanten,
4. Zustimmung zur Berufung der Direktorinnen oder Direktoren,
5. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Verwaltungsrates,
6. Genehmigung des Wirtschaftsplanes; dabei kann der Rundfunkrat über den vom Verwaltungsrat festgestellten Gesamtansatz der Aufwendungen nicht hinausgehen,
7. Genehmigung des Jahresabschlusses,
8. Zustimmung bei der Übernahme von Verpflichtungen im Wert von mehr als 2 Millionen Euro bei Verträgen über die Herstellung oder den Erwerb von Programnteilen,

9. Zustimmung zu Kooperationen der Landesfunkhäuser mit Dritten nach § 4 Absatz 4 Satz 3, soweit diese von besonderem Gewicht und von längerer Dauer sind.

(5) Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben sind dem Rundfunkrat und seinen Ausschüssen von der Intendantin oder von dem Intendanten und vom Verwaltungsrat Auskünfte zu erteilen und Einsicht in die Unterlagen des MDR zu gewähren.

### § 18

#### Amtszeit und Vorsitz des Rundfunkrates

(1) Die Amtszeit des Rundfunkrates beträgt sechs Jahre und beginnt mit seinem ersten Zusammentritt. Nach Ablauf der Amtszeit führt der Rundfunkrat die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neuen Rundfunkrates.

(2) Die Mitgliedschaft im Rundfunkrat erlischt vorzeitig durch:

1. Niederlegung des Amtes,
2. Verlust der Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen oder öffentliche Ämter zu bekleiden,
3. Eintritt der Geschäftsunfähigkeit oder der Voraussetzungen der rechtlichen Betreuung nach § 1896 des Bürgerlichen Gesetzbuches,
4. Eintritt des Todes,
5. Eintritt eines der in § 15 Absatz 4 und 5 Satz 2 genannten Ausschlussgründe,
6. Feststellung einer Interessenkollision nach § 15 Absatz 5 Satz 1 oder Absatz 7,
7. Abberufung aus wichtigem Grund durch die entsendungsberechtigte Stelle; ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn ein Mitglied aus der entsendungsberechtigten Stelle ausgeschieden ist, oder
8. Wahl in den Verwaltungsrat.

Das Vorliegen der Erlöschensgründe nach Satz 1 Nummern 1 bis 5 und 8 gibt die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Rundfunkrates dem Rundfunkrat bekannt. Über das Erlöschen der Mitgliedschaft nach Satz 1 Nummern 6 und 7 entscheidet der Rundfunkrat. Bis zur Entscheidung nach Satz 3 behält das betroffene Mitglied seine Rechte und Pflichten, es sei denn, der Rundfunkrat beschließt mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner gesetzlichen Mitglieder, dass die Betroffene oder der Betroffene bis zur Entscheidung nicht an den Arbeiten des Rundfunkrates teilnehmen kann. Das betroffene Mitglied darf an der Beratung und Entscheidung nicht mitwirken.

(3) Der Rundfunkrat wählt seine Vorsitzende oder seinen Vorsitzenden und eine erste Stellvertreterin und eine zweite Stellvertreterin oder einen ersten und zweiten Stellvertreter für die Dauer von zwei Jahren. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende und die beiden Stellvertreterinnen oder Stellvertreter müssen jeweils verschiedenen Ländern angehören. Der Vorsitz wechselt nach Ländern in der Reihenfolge Sachsen - Sachsen-Anhalt - Thüringen. Der Rundfunkrat kann bei Zustimmung von mindestens zwei Dritteln seiner Mitglieder in begründeten Ausnahmefällen eine abweichende Regelung treffen.

(4) Die Mitglieder des Rundfunkrates haben Anspruch auf Aufwandsentschädigung, Ersatz von Reisekosten sowie

auf Tagegelder und Übernachtungsgelder nach Maßgabe der Satzung.

### § 19

#### Sitzungen des Rundfunkrates und Öffentlichkeit

(1) Die Sitzungen des Rundfunkrates finden nach den nachfolgenden Bestimmungen, im Übrigen nach Maßgabe der Satzung statt.

(2) Die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie die Intendantin oder der Intendant, die Direktorinnen oder Direktoren und die Landesfunkhausdirektorinnen oder Landesfunkhausdirektoren können an den Sitzungen des Rundfunkrates beratend teilnehmen. Auf Verlangen des Rundfunkrates sind die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Verwaltungsrates sowie die Intendantin oder der Intendant, die Direktorinnen oder Direktoren und die Landesfunkhausdirektorinnen oder Landesfunkhausdirektoren hierzu verpflichtet.

(3) Die Personalvertretung und die Vertretung der Freien Mitarbeiterinnen oder Freien Mitarbeiter können jeweils eine Vertreterin oder einen Vertreter zu Sitzungen entsenden. Ihnen wird auf Verlangen zu Angelegenheiten ihrer Aufgabenbereiche das Wort erteilt.

(4) Ist die Durchführung einer Präsenzsitzung des Rundfunkrates aufgrund einer Notlage, insbesondere einer Epidemie, erheblich erschwert, kann die Sitzung auch elektronisch als Schaltkonferenz durchgeführt werden. Bei Beschlüssen und Wahlen nach § 20 Absatz 3 erfolgt in diesem Fall die Stimmabgabe elektronisch oder per Briefwahl. Einzelheiten regelt die Satzung.

(5) Die Regierungen der Länder sind berechtigt, zu den Sitzungen des Rundfunkrates je eine Vertreterin oder einen Vertreter der Rechtsaufsicht (§ 34) zu entsenden. Diese Vertreterin oder dieser Vertreter sind jederzeit zu hören.

(6) Die Sitzungen des Rundfunkrates sind öffentlich. In begründeten Ausnahmefällen kann der Rundfunkrat den Ausschluss der Öffentlichkeit beschließen. Personalangelegenheiten, die aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes vertraulich sind und Angelegenheiten, in welchen die Offenlegung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen Dritter unvermeidlich ist, sind stets unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

### § 20

#### Beschlüsse und Arbeitsweise des Rundfunkrates

(1) Der Rundfunkrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder entsprechend der Satzung geladen wurden und mindestens zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind.

(2) Ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen ist der Rundfunkrat beschlussfähig, wenn eine wegen Nichterscheinens der erforderlichen Mitgliederzahl beschlussunfähige Versammlung binnen angemessener Frist erneut einberufen wird.

(3) Der Rundfunkrat fasst seine Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit dieser

Staatsvertrag nichts anderes bestimmt. Dasselbe gilt für Wahlen. Für Beschlüsse und Wahlen nach § 17 Absatz 4 Nummern 1 bis 5 ist eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder erforderlich; § 27 Absatz 3 bleibt unberührt.

(4) Die Organisationsstruktur des Rundfunkrates und seiner Ausschüsse ist ebenso wie die jeweilige personelle Zusammensetzung zu veröffentlichen. Die Tagesordnungen der Sitzungen des Rundfunkrates und seiner Ausschüsse sind spätestens eine Woche vor den Sitzungen, die Anwesenheitslisten im Anschluss an die Sitzungen zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung hat unter Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie personenbezogenen Daten der Beschäftigten des MDR zu erfolgen. Berechtigte Interessen Dritter an einer Geheimhaltung sind zu wahren. Eine Veröffentlichung in elektronischer Form im Internetauftritt des MDR ist ausreichend.

(5) Das Nähere regelt die Satzung.

### § 21

#### Ausschüsse des Rundfunkrates

(1) Der Rundfunkrat soll für die Angebote des MDR Ausschüsse bilden. Die Sitzungen der gebildeten Ausschüsse finden grundsätzlich nichtöffentlich statt. Die Ausschüsse bereiten die Beschlüsse des Rundfunkrates in Angelegenheiten der Angebote vor. Sie können der Intendantin oder dem Intendanten in diesen Angelegenheiten Empfehlungen geben, soweit der Rundfunkrat nichts anderes beschließt.

(2) Die Ausschüsse können mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder in dringenden Angelegenheiten der Angebote, in denen eine Beschlussfassung des Rundfunkrates nicht kurzfristig herbeigeführt werden kann, die zur Einhaltung der Grundsätze der Angebotsgestaltung erforderlichen Beschlüsse nach § 17 Absatz 2 Satz 2 fassen. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Rundfunkrates ist hiervon unverzüglich zu unterrichten. Der Rundfunkrat hat in seiner nächsten Sitzung über diese Beschlüsse zu entscheiden.

### § 22

#### Zusammensetzung des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus zehn Mitgliedern, die vom Rundfunkrat gewählt werden, und zwar vier Mitgliedern aus dem Freistaat Sachsen und je drei aus dem Land Sachsen-Anhalt und dem Freistaat Thüringen. Wählbar sind auch Mitglieder des Rundfunkrates. § 15 Absatz 3 Satz 1 ist zu beachten. Die Mitglieder des Rundfunkrates sind berechtigt, Wahlvorschläge zu machen.

(2) Bei der Wahl der Mitglieder ist ein ausgewogener Geschlechterproporz zu wahren. Es sollen mindestens vier Frauen und mindestens vier Männer gewählt werden. Sofern ein neues Mitglied gewählt wird, soll einem Mann eine Frau und einer Frau ein Mann nachfolgen, sofern sich nicht aus den Sätzen 1 und 2 etwas anderes ergibt.

(3) Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben die Interessen des MDR zu fördern. Sie sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben an Aufträge oder Weisungen nicht gebunden.

(4) § 18 Absatz 4 gilt für Mitglieder des Verwaltungsrates entsprechend.

### § 23

#### Aufgaben des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung der Intendantin oder des Intendanten; dies gilt nicht für die inhaltliche Gestaltung der Angebote, die allein der Rundfunkrat überwacht.

(2) Der Verwaltungsrat hat ferner folgende Aufgaben:

1. Vorschlag für die Wahl der Intendantin oder des Intendanten und deren oder dessen Abberufung,
2. Feststellung des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses,
3. Feststellung des Entwicklungsplanes,
4. Erlass der Finanzordnung,
5. Zustimmung zu Rechtsgeschäften und Entscheidungen der Intendantin oder des Intendanten nach § 28,
6. Vertretung des MDR beim Abschluss von Rechtsgeschäften und anderen Rechtsangelegenheiten gegenüber der Intendantin oder dem Intendanten,
7. Auswahl der Abschlussprüferin oder des Abschlussprüfers,
8. Entlastung der Intendantin oder des Intendanten,
9. Kontrolle der Gehaltsstrukturen der Angestellten, deren Bezüge über der höchsten Tarifgruppe liegen.

(3) Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben sind dem Verwaltungsrat von der Intendantin oder vom Intendanten Auskünfte zu erteilen und Einsicht in die Unterlagen des MDR zu gewähren. Der Verwaltungsrat kann einzelne Vorgänge untersuchen und hierfür auch besondere Sachverständige beauftragen. Der Verwaltungsrat soll bei der Bedarfsanmeldung nach § 1 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages frühzeitig beteiligt werden.

(4) Der Verwaltungsrat hat bei der Kontrolle der Gehaltsstrukturen nach Absatz 2 Nummer 9 und bei der Festsetzung der Bezüge der Intendantin oder des Intendanten und des Direktoriums dafür zu sorgen, dass diese in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben und Leistungen einer Anstalt des öffentlichen Rechts stehen. Die Vergütungsstruktur ist auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung auszurichten.

### § 24

#### Amtszeit des Verwaltungsrates

(1) Die Amtszeit des Verwaltungsrates beträgt sechs Jahre und beginnt mit seinem ersten Zusammentritt. Nach Ablauf der Amtszeit führt der Verwaltungsrat die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neuen Verwaltungsrates. § 18 Absatz 2 Satz 1 Nummern 1 bis 6 gilt entsprechend.

(2) Das Vorliegen der Erlöschensgründe nach § 18 Absatz 2 Satz 1 Nummern 1 bis 5 gibt die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Verwaltungsrates dem Verwaltungsrat bekannt. Über das Erlöschen der Mitgliedschaft entsprechend § 18 Absatz 2 Satz 1 Nummer 6 entscheidet der Verwaltungsrat. Bis zur Entscheidung nach Satz 2 behält das betroffene Mitglied seine Rechte und Pflichten, es

sei denn, der Verwaltungsrat beschließt mit einer Mehrheit seiner Mitglieder, dass die oder der Betroffene bis zur Entscheidung nicht an den Arbeiten des Verwaltungsrates teilnehmen kann. Das betroffene Mitglied darf an der Beratung und Entscheidung nicht mitwirken.

(3) Ein Mitglied des Verwaltungsrates kann auf Antrag des Verwaltungsrates vom Rundfunkrat abberufen werden, wenn sein Verbleiben im Amt die Interessen des MDR erheblich schädigen würde. Der Verwaltungsrat und der Rundfunkrat haben dem betroffenen Mitglied Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Das betroffene Mitglied ist von der Beratung und Beschlussfassung über den Antrag im Verwaltungsrat ausgeschlossen. Das Nähere regelt die Satzung.

(4) Scheidet ein Mitglied des Verwaltungsrates vorzeitig aus, ist innerhalb von zwei Monaten nach Ausscheiden für den Rest der Amtszeit eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger zu wählen.

### § 25

#### Sitzungen des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat tritt in der Regel einmal im Monat, jedoch mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Er wird von seiner Vorsitzenden oder seinem Vorsitzenden oder, wenn eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender nicht vorhanden ist, von dem an Lebensjahren ältesten Mitglied einberufen. Der Verwaltungsrat ist unverzüglich einzuberufen, wenn drei Mitglieder unter Angabe der Gründe es verlangen. Die Sitzungen des Verwaltungsrates finden grundsätzlich nichtöffentlich statt. § 20 Absatz 4 Satz 1 gilt entsprechend.

(2) Der Intendantin oder dem Intendanten soll von dem Termin einer Sitzung rechtzeitig Kenntnis gegeben werden. Der Verwaltungsrat kann die Anwesenheit der Intendantin oder des Intendanten verlangen. Die Intendantin oder der Intendant ist auf seinen Wunsch zu hören. Dies gilt auch für die Landesfunkhausdirektorinnen oder Landesfunkhausdirektoren, soweit Angelegenheiten der Landesfunkhäuser behandelt werden.

(3) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder entsprechend der Satzung geladen wurden und wenn wenigstens sieben Mitglieder anwesend sind. Ist der Verwaltungsrat beschlussunfähig, sind alle Mitglieder innerhalb einer Woche mit derselben Tagesordnung erneut zu laden. In der darauf stattfindenden Sitzung ist der Verwaltungsrat ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.

(4) Der Verwaltungsrat fasst seine Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit in diesem Staatsvertrag nichts anderes bestimmt ist. Entsprechendes gilt für die Wahl der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden. Für Beschlüsse nach § 23 Absatz 2 Nummern 1 und 3 sowie für Empfehlungen nach § 2 Absatz 2 Satz 6 ist eine Mehrheit von sieben Mitgliedern erforderlich.

(5) Der Verwaltungsrat wählt seine Vorsitzende oder seinen Vorsitzenden und deren Stellvertreterin oder dessen Stell-

vertreter für die Dauer von zwei Jahren. Der Vorsitz wechselt nach Ländern in der Reihenfolge Thüringen - Sachsen-Anhalt - Sachsen. Für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden oder des stellvertretenden Vorsitzenden gilt die umgekehrte Reihenfolge. Der Verwaltungsrat kann im Einzelfall mit Zustimmung von mindestens sieben Mitgliedern von den Regelungen der Sätze 2 und 3 abweichen.

(6) Die Regierungen der Länder sind berechtigt, zu den Sitzungen des Verwaltungsrates je eine Vertreterin oder einen Vertreter der Rechtsaufsicht (§ 34) zu entsenden. Diese Vertreterin oder dieser Vertreter sind jederzeit zu hören.

#### § 26

##### Intendantin oder Intendant

(1) Die Intendantin oder der Intendant leitet den MDR und trägt die Verantwortung für den gesamten Betrieb und die Angebotsgestaltung. Sie oder er hat dafür zu sorgen, dass das Angebot den gesetzlichen Vorschriften entspricht. § 4 Absatz 2 bleibt unberührt.

(2) Die Aufgaben, Befugnisse und Rechtsverhältnisse der Intendantin oder des Intendanten und der anderen leitenden Angestellten, deren Zahl sowie die Geschäftsverteilung bestimmt die Satzung, soweit in diesem Staatsvertrag nichts anderes bestimmt ist. Die Intendantin oder der Intendant bestimmt ihren oder seinen Vertreter für den Fall der Verhinderung.

(3) Die Intendantin oder der Intendant vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Das Nähere regelt die Satzung.

(4) Die Intendantin oder der Intendant legt dem Rundfunkrat und dem Verwaltungsrat den Entwurf des Wirtschaftsplanes, den Jahresabschluss und den Geschäftsbericht vor.

(5) Die Intendantin oder der Intendant hat sicherzustellen, dass die Landesfunkhäuser personell und wirtschaftlich in der Lage sind, die ihre Angebote betreffenden Aufgaben in eigener Verantwortung wahrzunehmen. Die Bestellung der Leiterinnen oder der Leiter der Programmbereiche Hörfunk und Fernsehen in den Landesfunkhäusern einschließlich der Stellvertreterin oder des Stellvertreters der Landesfunkhausdirektorin oder des Landesfunkhausdirektors bedarf der Zustimmung der jeweiligen Landesfunkhausdirektorin oder des jeweiligen Landesfunkhausdirektors.

#### § 27

##### Wahl und Abberufung der Intendantin oder des Intendanten

(1) Die Intendantin oder der Intendant wird vom Rundfunkrat auf Vorschlag des Verwaltungsrates auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Die Wahl erfolgt spätestens sechs Monate vor Ablauf der Amtszeit, bei vorzeitigem Ausscheiden unverzüglich spätestens innerhalb von sechs Monaten. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Macht der Verwaltungsrat nicht spätestens neun Monate vor Ablauf der Amtszeit einen Wahlvorschlag, entfällt das Vorschlagsrecht. Findet ein Wahlvorschlag nicht die erforderliche

Mehrheit im Rundfunkrat, ist der Verwaltungsrat berechtigt, jeweils innerhalb eines weiteren Monats einen neuen Wahlvorschlag zu machen; Satz 1 gilt entsprechend.

(3) Kommt spätestens bis drei Monate vor Ablauf der Amtszeit oder innerhalb von sechs Monaten bei vorzeitigem Ausscheiden die Wahl im Rundfunkrat nicht zustande, findet nach Ablauf eines Monats ein weiterer Wahlgang statt. In ihm ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Rundfunkrates erhält.

(4) Die Intendantin oder der Intendant kann vor Ablauf seiner Zeit, für die sie oder er gewählt worden ist, auf Vorschlag des Verwaltungsrates durch Beschluss des Rundfunkrates abberufen werden. Die Intendantin oder der Intendant ist vor der Entscheidung des Rundfunkrates zu hören.

(5) Für die Ansprüche aus den Anstellungsverträgen gelten die Vorschriften des bürgerlichen Rechts.

#### § 28

##### Zustimmungsbedürftige Angelegenheiten

(1) Die Intendantin oder der Intendant bedarf in folgenden Angelegenheiten der Zustimmung des Verwaltungsrates:

1. Abschluss und Kündigung von Anstellungsverträgen mit Angestellten, deren Bezüge über der höchsten Tarifgruppe liegen,
2. Mitarbeiterstatute oder vergleichbare Regelungen,
3. Abschluss von Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen,
4. Einführung von Hörfunkwerbung,
5. Vereinbarung mit anderen Rundfunkveranstaltern im Rahmen des § 4 Absatz 4 Satz 3,
6. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
7. Erwerb und Veräußerung von Unternehmen sowie Beteiligungen an ihnen,
8. Aufnahme von Anleihen und Inanspruchnahme von Krediten, soweit nicht im Wirtschaftsplan vorgesehen,
9. Übernahme von fremden Verbindlichkeiten, Bürgschaften und Garantien und
10. Übernahme von Verpflichtungen im Werte von mehr als zwei Millionen Euro außer bei Verträgen über die Herstellung oder den Erwerb von Programmteilen.

(2) In den Fällen des Absatz 1 Nummer 4 und 5 beteiligt der Verwaltungsrat vor seiner Entscheidung den Rundfunkrat.

#### § 29

##### Wirtschaftsführung

(1) Der MDR hat bei seiner Wirtschaftsführung die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten. Erträge des MDR dürfen nur für solche Zwecke der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt verwendet werden, die unmittelbar oder mittelbar für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages notwendig sind, einschließlich der gemeinschaftlichen Aufgaben der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Die Wirtschaftsführung des MDR richtet sich nach der Finanzordnung, einer mehrjährigen Finanzplanung, dem Entwicklungsplan und dem jährlichen Wirtschaftsplan.

(2) Mit der mehrjährigen Finanzplanung ist ein Entwicklungsplan aufzustellen und fortzuschreiben, der die Vorstellungen des MDR für die strukturelle Entwicklung der Rundfunkanstalt sowie den Ausbau ihrer Einrichtungen, insbesondere für die Versorgung mit Angeboten nach § 4 Absatz 2 enthält. Die Investitionen in den Ländern sind getrennt auszuweisen.

(3) Ist bis zum Schluss eines Geschäftsjahres der Wirtschaftsplan für das folgende Jahr nicht wirksam geworden, ist die Intendantin oder der Intendant bis zum Wirksamwerden ermächtigt, alle Ausgaben zu leisten, die notwendig sind, um

1. den Betrieb des MDR in seinem bisherigen Umfang zu erhalten,
2. die von den Organen des MDR beschlossenen Maßnahmen durchzuführen,
3. Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen, sofern durch den Wirtschaftsplan des Vorjahres bereits Beträge vorgesehen sind,
4. rechtlich begründete Verpflichtungen des MDR zu erfüllen.

(4) Der MDR soll die Ansprüche der Beschäftigten aus Versorgungszusagen durch Bildung von Rückstellungen in angemessenem Umfang sicherstellen.

### § 30

#### Jahresabschluss- und Geschäftsbericht

(1) Die Intendantin oder der Intendant hat nach Abschluss des Geschäftsjahres den Jahresabschluss- und den Geschäftsbericht aufzustellen. Der Geschäftsbericht hat einen umfassenden Einblick in die Vermögens- und Ertragsverhältnisse des MDR einschließlich seiner Beziehungen zu Unternehmen, an denen er unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu vermitteln. In diesem Rahmen ist der Jahresabschluss eingehend zu erläutern und auch über die Vorgänge von besonderer Bedeutung zu berichten, die nach Ablauf des Geschäftsjahres eingetreten sind.

(2) Der Geschäftsbericht des MDR hat insbesondere folgende Angaben zu enthalten:

1. Angaben über die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Bezüge der Intendantin oder des Intendanten und seiner Direktorinnen und Direktoren unter Namensnennung, insbesondere auch für:
  - a) Leistungen, die den genannten Personen für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
  - b) Leistungen, die den genannten Personen für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den vom MDR während des Geschäftsjahres dafür aufgewandten oder zurückgestellten Beträge,
  - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen nach den Buchstaben a und b und
  - d) Leistungen, die einer der genannten Personen, die ihre Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang gewährt worden sind,

2. Angaben über die Höhe des Anspruchs der Mitglieder des Rundfunkrates und Verwaltungsrates auf Aufwandsentschädigungen, Tagegelder und Sitzungsgelder nach § 18 Absatz 4 sowie § 22 Absatz 4,
3. Angaben über die Tarifstrukturen und eine strukturierte Darstellung der außertariflichen Vereinbarungen,
4. Angaben über die Beauftragung Dritter im Sinne des § 7 Absatz 1 Satz 1, und zwar sitzlandbezogen aufgeschlüsselt nach den auf die MDR-Hauptredaktionen entfallenden Auftragsvolumina,
5. Angaben über die Beauftragung von Personen mit Darstellung der Höhe der Gesamtvergütung sowie dazugehörigen Tätigkeiten, bei denen das Auftragsvolumen von 150 000 Euro im Jahr überschritten wird.

(3) Der Jahresabschluss ist nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und vor der Feststellung zu prüfen. Die Abschlussprüferin oder der Abschlussprüfer ist auch mit den Feststellungen und Berichten nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes zu beauftragen.

(4) Jahresabschluss, Prüfungsbericht und Geschäftsbericht werden den Regierungen und Rechnungshöfen der Länder übermittelt.

(5) Nach Genehmigung des Jahresabschlusses veröffentlicht der MDR eine Gesamtübersicht über den Jahresabschluss und den Geschäftsbericht.

### § 31

#### Finanzordnung

(1) Die Finanzordnung wird vom Verwaltungsrat erlassen.

(2) Die Finanzordnung hat von folgenden Grundsätzen auszugehen:

1. Für jedes Geschäftsjahr ist ein Wirtschaftsplan aufzustellen. Der Wirtschaftsplan enthält Aussagen zu der Feststellung und Deckung des Finanzbedarfes, der zur Erfüllung der Aufgaben des MDR voraussichtlich notwendig ist.
2. Der Wirtschaftsplan ermächtigt die Intendantin oder den Intendanten, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen.
3. Im Wirtschaftsplan ist zu bestimmen, bis zu welcher Höhe die Intendantin oder der Intendant Kredite aufnehmen darf.

### § 32

#### Finanzkontrolle

(1) Die Rechnungshöfe der Länder prüfen die Wirtschaftsführung des MDR gemeinsam.

(2) Die Rechnungshöfe prüfen die Wirtschaftsführung bei solchen Unternehmen des privaten Rechts, an denen der MDR unmittelbar, mittelbar oder zusammen mit anderen Anstalten oder Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Mehrheit beteiligt ist und deren Gesellschaftsvertrag oder Satzung diese Prüfungen durch die Rechnungshöfe vorsieht. Der MDR ist verpflichtet, für die Aufnahme der er-

forderlichen Regelungen in die Gesellschaftsverträge oder die Satzung der Unternehmen zu sorgen.

(3) Für die Mitteilung der Prüfungsergebnisse der Rechnungshöfe gelten die Bestimmungen des § 37 MStV.

(4) Auf Ersuchen eines Landtages oder der Regierung eines Landes können sich die Rechnungshöfe gemeinsam gutachterlich zu Fragen äußern, die für die Beurteilung der Wirtschafts- und Finanzlage des MDR von Bedeutung sind.

(5) Die Vorschriften der Landeshaushaltsordnungen der Länder über Unternehmen in der Rechtsform einer landesunmittelbaren juristischen Person des öffentlichen Rechts sind in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden, soweit sie ihrem Wesen nach auf die Rechtsstellung einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt anwendbar sind.

### § 33

#### Kommerzielle Tätigkeiten, Beteiligungen an Unternehmen

(1) Für kommerzielle Tätigkeiten des MDR und seine Beteiligungen an Unternehmen gelten neben den nachfolgenden Bestimmungen die §§ 40 bis 44 MStV.

(2) Die Intendantin oder der Intendant, die Mitglieder des Rundfunkrates oder des Verwaltungsrates sowie Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des MDR dürfen an Unternehmen, an denen der MDR unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, nicht persönlich beteiligt sein.

(3) Der MDR hat sicherzustellen, dass Mitglieder der Geschäftsführung sowie leitende Angestellte von Unternehmen, an denen der MDR unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, nicht ihrerseits an anderen Unternehmen dieser Art beteiligt sind.

### § 34

#### Rechtsaufsicht

(1) Die Regierungen der Länder führen die Aufsicht über die Einhaltung der Bestimmungen dieses Staatsvertrages und der allgemeinen Rechtsvorschriften. Sie nehmen diese Aufgaben durch die Regierung eines der Länder in zweijährigem Wechsel wahr; der Wechsel, beginnend am 1. Juli 2021, erfolgt in der Reihenfolge Sachsen – Sachsen-Anhalt – Thüringen. Die jeweils aufsichtsführende Regierung beteiligt die beiden anderen Regierungen vor der Einleitung von Maßnahmen und bemüht sich um ein Einvernehmen.

(2) Die aufsichtsführende Regierung ist berechtigt, die Anstalt durch schriftliche Mitteilung auf Maßnahmen oder Unterlassungen im Betrieb des MDR hinzuweisen, die diesen Staatsvertrag oder die allgemeinen Rechtsvorschriften verletzen, und das Organ aufzufordern, die Rechtsverletzung zu beseitigen.

(3) Wird die Rechtsverletzung nicht innerhalb einer von der aufsichtsführenden Regierung zu setzenden angemessenen Frist behoben, weist diese den MDR an, im Einzelnen festgelegte Maßnahmen auf Kosten des MDR durch-

zuführen. In Programmangelegenheiten sind Weisungen ausgeschlossen.

(4) Die Rechtsaufsicht gegenüber der Intendantin oder dem Intendanten kann erst ausgeübt werden, wenn der Rundfunkrat oder der Verwaltungsrat die ihnen zustehende Aufsicht nicht in angemessener Frist wahrnehmen.

### § 35

#### Personalvertretung

(1) Für den MDR sind das Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) und die dazu geltenden Rechtsverordnungen nach Maßgabe der für die Rundfunkanstalt des Bundesrechts geltenden Vorschriften entsprechend anwendbar, soweit sich aus Absatz 3 nichts anderes ergibt.

(2) In den Fällen des § 71 Absatz 1 Satz 4 BPersVG ist die Präsidentin oder der Präsident des Sächsischen Oberverwaltungsgerichtes oder eine von ihm Beauftragte oder ein von ihm Beauftragter mit der Befähigung zum Richteramt Vorsitzende oder Vorsitzender der Einigungsstelle.

(3) Die Intendantin oder der Intendant schafft mit Zustimmung des Verwaltungsrates für die beim MDR beschäftigten arbeitnehmerähnlichen Personen im Sinne von § 12a des Tarifvertragsgesetzes eine institutionalisierte Vertretung ihrer Interessen (Freienvvertretung). Diese steht im regelmäßigen Austausch mit der Intendantin oder dem Intendanten. Näheres regelt ein Statut der Intendantin oder des Intendanten, das insbesondere die Modalitäten der Wahl sowie die Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Freienvvertretung festlegt.

### § 36

#### Geltung von Datenschutzvorschriften

Soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist, sind für den MDR die Vorschriften des Freistaates Sachsen über den Schutz personenbezogener Daten anzuwenden.

### § 37

#### Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken, Medienprivileg

(1) Soweit der MDR personenbezogene Daten zu journalistischen Zwecken verarbeitet, ist es den hiermit befassten Personen untersagt, diese personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken zu verarbeiten (Datengeheimnis). Diese Personen sind bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit auf das Datengeheimnis zu verpflichten. Das Datengeheimnis besteht auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort. Im Übrigen finden für die Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken von der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 119/1 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.05.2018, S. 2) außer den Kapiteln 1, VIII, X und XI nur die Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe f in Verbindung mit Absatz 2, Artikel 24 und 32 Anwendung. Artikel 82 und 83 der Verordnung (EU) 2016/679 gelten mit der Maßgabe,

dass nur für eine Verletzung des Datengeheimnisses gemäß der Sätze 1 bis 3 sowie für unzureichende Maßnahmen nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe f, Artikel 24 und 32 der Verordnung (EU) 2016/679 gehaftet wird. Die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend für die zu den in Satz 1 genannten Stellen gehörenden Hilfs- und Beteiligungsunternehmen. Der MDR kann sich einen Verhaltenskodex geben, der in einem transparenten Verfahren erlassen und veröffentlicht wird. Den betroffenen Personen stehen nur die in den Absätzen 2 und 3 genannten Rechte zu.

(2) Führt die journalistische Verarbeitung personenbezogener Daten zur Verbreitung von Gegendarstellungen der betroffenen Person oder zu Verpflichtungserklärungen, Beschlüssen oder Urteilen über die Unterlassung der Verbreitung oder über den Widerruf des Inhalts der Daten, so sind diese Gegendarstellungen, Verpflichtungserklärungen und Widerrufe zu den gespeicherten Daten zu nehmen und dort für dieselbe Zeitdauer aufzubewahren wie die Daten selbst sowie bei einer Übermittlung der Daten gemeinsam mit diesen zu übermitteln.

(3) Wird jemand durch eine Berichterstattung in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt, kann die betroffene Person Auskunft über die der Berichterstattung zu Grunde liegenden zu ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Die Auskunft kann nach Abwägung der schutzwürdigen Interessen der Beteiligten verweigert werden soweit

1. aus den Daten auf Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von Rundfunksendungen mitwirken oder mitgewirkt haben, geschlossen werden kann,
2. aus den Daten auf die Person der Einsenderin oder des Einsenders oder der Gewährträgerin oder des Gewährsträgers von Beiträgen, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil geschlossen werden kann,
3. durch die Mitteilung der recherchierten oder sonst erlangten Daten die journalistische Aufgabe durch Ausforschung des Informationsbestandes beeinträchtigt würde.

Die betroffene Person kann die unverzügliche Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten im Datensatz oder die Hinzufügung einer eigenen Darstellung von angemessenem Umfang verlangen. Die weitere Speicherung der personenbezogenen Daten ist rechtmäßig, wenn dies für die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen erforderlich ist.

### § 38

#### Ernennung der Rundfunkbeauftragten oder des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz beim MDR und der Datenschutzbeauftragten oder des Datenschutzbeauftragten des MDR

(1) Der MDR ernennt eine Rundfunkbeauftragte oder einen Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz beim MDR (Rundfunkdatenschutzbeauftragte oder Rundfunkdatenschutzbeauftragter), der zuständige Aufsichtsbehörde im Sinne des Artikels 51 der Verordnung (EU) 2016/679 ist. Die Ernennung erfolgt durch den Rundfunkrat mit Zustimmung des Verwaltungsrates für die Dauer von vier Jahren. Eine dreimalige Wiederernennung ist zulässig. Die

Rundfunkdatenschutzbeauftragte oder der Rundfunkdatenschutzbeauftragte muss über die für die Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben und Ausübung ihrer oder seiner Befugnisse erforderliche Qualifikation, nachgewiesen durch ein abgeschlossenes Hochschulstudium, sowie über Erfahrung und Sachkunde insbesondere im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten verfügen. Das Amt der Rundfunkdatenschutzbeauftragten oder des Rundfunkdatenschutzbeauftragten kann nicht neben anderen Aufgaben innerhalb des MDR und seiner Beteiligungs- und Hilfsunternehmen wahrgenommen werden. Sonstige Aufgaben müssen mit dem Amt der Rundfunkdatenschutzbeauftragten oder des Rundfunkdatenschutzbeauftragten zu vereinbaren sein und dürfen ihre oder seine Unabhängigkeit nicht gefährden.

(2) Das Amt endet mit Ablauf der Amtszeit, mit Rücktritt vom Amt oder mit Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters. Tarifvertragliche Regelungen bleiben unberührt. Die Rundfunkdatenschutzbeauftragte oder der Rundfunkdatenschutzbeauftragte kann ihres oder seines Amtes nur enthoben werden, wenn sie oder er eine schwere Verfehlung begangen hat oder die Voraussetzungen für die Wahrnehmung ihrer oder seiner Aufgaben nicht mehr erfüllt. Dies geschieht durch Beschluss des Rundfunkrates auf Vorschlag des Verwaltungsrates; die Rundfunkdatenschutzbeauftragte oder der Rundfunkdatenschutzbeauftragte ist vor der Entscheidung zu hören.

(3) Das Nähere, insbesondere die Grundsätze der Vergütung, beschließt der Rundfunkrat mit Zustimmung des Verwaltungsrates in einer Satzung.

(4) Die Datenschutzbeauftragte oder der Datenschutzbeauftragte des MDR nach Artikel 37 der Verordnung (EU) 2016/679 wird von der Intendantin oder von dem Intendanten mit Zustimmung des Verwaltungsrates benannt.

### § 39

#### Unabhängigkeit der Rundfunkdatenschutzbeauftragten oder des Rundfunkdatenschutzbeauftragten

(1) Die Rundfunkdatenschutzbeauftragte oder der Rundfunkdatenschutzbeauftragte ist in Ausübung ihres oder seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Sie oder er unterliegt keiner Rechts- oder Fachaufsicht. Der Dienstaufsicht des Verwaltungsrates untersteht sie oder er nur insoweit, als ihre oder seine Unabhängigkeit bei der Ausübung ihres oder seines Amtes dadurch nicht beeinträchtigt wird.

(2) Die Dienststelle der Rundfunkdatenschutzbeauftragten oder des Rundfunkdatenschutzbeauftragten wird bei der Geschäftsstelle von Rundfunkrat und Verwaltungsrat eingerichtet. Der Rundfunkdatenschutzbeauftragten oder dem Rundfunkdatenschutzbeauftragten ist die für die Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben und Befugnisse notwendige Personal-, Finanz- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen. Die erforderlichen Mittel sind jährlich, öffentlich und gesondert im Haushaltsplan des MDR auszuweisen und der Rundfunkdatenschutzbeauftragten oder dem Rundfunkdatenschutzbeauftragten im Haushaltsvollzug zuzuweisen. Einer Finanzkontrolle durch den Verwal-

tungsrat unterliegt die Rundfunkdatenschutzbeauftragte oder der Rundfunkdatenschutzbeauftragte nur insoweit, als ihre oder seine Unabhängigkeit bei der Ausübung ihres oder seines Amtes dadurch nicht beeinträchtigt wird.

(3) Die Rundfunkdatenschutzbeauftragte oder der Rundfunkdatenschutzbeauftragte ist in der Wahl ihrer Mitarbeiterinnen oder seiner Mitarbeiter frei. Sie unterstehen allein ihrer oder seiner Leitung.

#### § 40

Aufgaben und Befugnisse der Rundfunkdatenschutzbeauftragten oder des Rundfunkdatenschutzbeauftragten

(1) Die Rundfunkdatenschutzbeauftragte oder der Rundfunkdatenschutzbeauftragte überwacht die Einhaltung der Datenschutzvorschriften dieses Staatsvertrages, des MStV, der Verordnung (EU) 2016/679 und anderer Vorschriften über den Datenschutz bei der gesamten Tätigkeit des MDR und seiner Beteiligungsunternehmen im Sinne des § 42 Absatz 3 Satz 1 MStV. Sie oder er hat die Aufgaben und Befugnisse entsprechend der Artikel 57 und 58 Absatz 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2016/679. Bei der Zusammenarbeit mit anderen Aufsichtsbehörden hat sie oder er, soweit die Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken betroffen ist, den Schutz von Informanten zu wahren. Sie oder er kann gegenüber dem MDR keine Geldbußen verhängen.

(2) Stellt die Rundfunkdatenschutzbeauftragte oder der Rundfunkdatenschutzbeauftragte Verstöße gegen Vorschriften über den Datenschutz oder sonstige Mängel bei der Verarbeitung personenbezogener Daten fest, so beanstandet sie oder er dies gegenüber der Intendantin oder dem Intendanten und fordert sie oder ihn zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist auf. Gleichzeitig unterrichtet sie oder er den Verwaltungsrat. Von einer Beanstandung und Unterrichtung kann abgesehen werden, wenn es sich um unerhebliche Mängel handelt oder wenn ihre unverzügliche Behebung sichergestellt ist.

(3) Die von der Intendantin oder von dem Intendanten nach Absatz 2 Satz 1 abzugebende Stellungnahme soll auch eine Darstellung der Maßnahmen enthalten, die aufgrund der Beanstandung der Rundfunkdatenschutzbeauftragten oder des Rundfunkdatenschutzbeauftragten getroffen worden sind. Die Intendantin oder der Intendant leitet dem Verwaltungsrat gleichzeitig eine Abschrift der Stellungnahme gegenüber der Rundfunkdatenschutzbeauftragten oder dem Rundfunkdatenschutzbeauftragten zu.

(4) Die Rundfunkdatenschutzbeauftragte oder der Rundfunkdatenschutzbeauftragte erstattet jährlich auch den Organen des MDR den schriftlichen Bericht im Sinne des Artikels 59 der Verordnung (EU) 2016/679 über ihre oder seine Tätigkeit. Der Bericht wird veröffentlicht, wobei eine Veröffentlichung im Online-Angebot des MDR ausreichend ist.

(5) Jeder hat das Recht, sich unmittelbar an die Rundfunkdatenschutzbeauftragte oder den Rundfunkdatenschutzbeauftragten zu wenden, wenn er der Ansicht ist, bei der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten durch den MDR oder seinen Beteiligungsunternehmen im Sin-

ne des Absatzes 1 Satz 1 in seinen schutzwürdigen Belangen verletzt zu sein.

(6) Die Rundfunkdatenschutzbeauftragte oder der Rundfunkdatenschutzbeauftragte ist sowohl während als auch nach Beendigung ihrer oder seiner Tätigkeit verpflichtet, über die ihr oder ihm während ihrer oder seiner Dienstzeit bekanntgewordenen Angelegenheiten und vertraulichen Informationen Verschwiegenheit zu bewahren.

#### § 41

Gleichstellung und Chancengleichheit

(1) Der MDR hat durch Dienstvereinbarung die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern im MDR im Sinne des Bundesgleichstellungsgesetzes zu fördern. Frauen führen die jeweilige Funktionsbezeichnung für ihre Tätigkeit im MDR in der weiblichen Form.

(2) Die Intendantin oder der Intendant legt dem Verwaltungsrat und dem Rundfunkrat jährlich einen Bericht über den Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern vor.

#### § 42

Gültigkeit und Kündigung

(1) Dieser Staatsvertrag gilt auf unbestimmte Zeit. Er kann jeweils zum Schluss eines Kalenderjahres mit einer Frist von zwei Jahren gekündigt werden, abweichend hierzu erstmals bis zum Ablauf des 31. Dezember 2021. Kündigt ein Land, kann jedes andere innerhalb von drei Monaten nach Zugang der Kündigung erklären, dass es sich dieser anschließt; zwischen den übrigen Ländern bleibt der Staatsvertrag in Kraft. Im Falle der Kündigung durch zwei Länder tritt der Staatsvertrag außer Kraft und ist der MDR als Rundfunkanstalt aufgelöst.

(2) Nach einer Kündigung oder Auflösung des MDR durch Vereinbarung schließen die Länder einen Staatsvertrag über die Auseinandersetzung.

(3) Für den Fall, dass ein Staatsvertrag über die Auseinandersetzung nicht innerhalb eines Jahres geschlossen wird, entscheidet ein von den Ländern einstimmig bestimmtes Schiedsgericht über die Auseinandersetzung. Das Schiedsgericht kann auch eine einstweilige Regelung treffen.

(4) Einigen sich die Länder nicht über die Zusammensetzung des Schiedsgerichtes, ernennen die Präsidentinnen oder die Präsidenten der Oberverwaltungsgerichte des Freistaates Sachsen, des Landes Sachsen-Anhalt und des Freistaates Thüringen gemeinsam ein aus drei Mitgliedern bestehendes Schiedsgericht. Die Schiedsrichterrinnen oder Schiedsrichter müssen die Befähigung zum Richteramt besitzen.

#### § 43

Übergangsbestimmung

(1) Die Zusammensetzung sowie die Rechte und Pflichten der Mitglieder des Rundfunkrates, des Verwaltungsrates und ihrer Ausschüsse bleiben vom 1. Juni 2021 bis zum Ablauf der laufenden Amtsperioden von Rundfunkrat,

Verwaltungsrat und ihren Ausschüssen unberührt. Bisherige Amtsperioden der Mitglieder des Rundfunkrates bzw. des Verwaltungsrates werden als eine Amtsperiode angerechnet.

(2) § 23 Absatz 4 findet keine Anwendung auf Verträge, die bis zum 1. Juni 2021 geschlossen worden sind.

#### § 44

##### Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Juni 2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt der Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) vom 30. Mai 1991, zuletzt geändert durch den Staatsvertrag vom 1. Februar 2018, außer Kraft. Sind nicht alle Ratifikationsurkunden bis zum 31. Mai 2021 bei der Staatskanzlei des Freistaats Thüringen in Erfurt hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos und der Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) vom 30. Mai 1991, zuletzt geändert durch den Staatsvertrag vom 1. Februar 2018, bleibt in Kraft. Die Staatskanzlei des Freistaates Thüringen teilt dem Land Sachsen-Anhalt und dem Freistaat Sachsen die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens ist in den Gesetz- und Verordnungsblättern der jeweiligen Länder bekannt zu machen.

Für den Freistaat Sachsen:  
Dresden, den 11.01.2021  
Michael Kretschmer

Für das Land Sachsen-Anhalt:  
Magdeburg, den 12.01.2021  
Reiner Haseloff

Für den Freistaat Thüringen:  
Erfurt, den 22.12.2020  
Bodo Ramelow

#### **Protokollerklärung Sachsen-Anhalt:**

Sachsen-Anhalt erwartet, dass sich künftig die Festsetzung der Bezüge der Leitungsebenen in einem angemessenen Verhältnis entwickelt und die Vergütungsstruktur auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet ist. Konkrete Orientierung für die Höhe des Grundgehaltes der Intendantin oder des Intendanten kann künftig die Höhe des Amtsgehaltes der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und für die Grundgehälter der Direktorinnen und Direktoren die Höhe des Amtsgehaltes der anderen Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts bieten. Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen.

#### **Protokollerklärung des Freistaats Thüringen**

1. Der Freistaat Thüringen sieht vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 25.03.2014 zum ZDF-Staatsvertrag die Notwendigkeit einer Anpassung des MDR-Staatsvertrages.
2. Der Freistaat Thüringen stellt fest, dass die Festlegungen in § 2 noch keine Gewähr dafür bieten, dass künftig eine ländergerechte Verteilung der Ressourcen erfolgen wird. Folglich werden die Berichte gemäß § 2 Abs. 2 des MDR-Staatsvertrages und die daraus seitens der Geschäftsführung veranlassten Maßnahmen in diesem Sinne durch die Thüringer Landesregierung zu bewerten sein. In möglicher Folge behält sich deshalb die Thüringer Landesregierung eine Kündigung des Staatsvertrages vor.

## Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) Vom 11. Mai 2021

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### § 1

#### Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen

Gemeinden, die in den Jahren 2022 bis 2026 freiwillig durch Eingliederung oder Zusammenschluss zu einer Einheits- oder Landgemeinde neu gegliedert werden, erhalten nach Maßgabe der §§ 2 bis 4 eine finanzielle Förderung in Form von Neugliederungsprämien, Strukturbegleithilfen und besonderen Entschuldungshilfen.

### § 2

#### Neugliederungsprämie

(1) Die Neugliederungsprämie ist eine allgemeine, steuerkraftunabhängige und nicht zweckgebundene Zuweisung; sie dient nicht der Sicherstellung der angemessenen Finanzausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften durch das Land im Sinne des Artikels 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen und ist nicht Bestandteil der Finanzausgleichsmasse nach § 3 Thüringer Finanzausgleichsgesetz (ThürFAG).

(2) Die Voraussetzungen für die Gewährung der Neugliederungsprämie ergeben sich aus § 1. Die Neugliederungsprämie beträgt 200 Euro pro Einwohner der an einer freiwilligen Neugliederung nach § 1 beteiligten Gemeinden, jedoch maximal zwei Millionen Euro pro beteiligte Gemeinde. An einer Neugliederung beteiligt ist jede Gemeinde, die mit mindestens einer anderen Gemeinde zusammengeschlossen, in eine andere Gemeinde eingegliedert oder in die mindestens eine andere Gemeinde eingegliedert wird. Für die Berechnung der Zuweisung ist die vom Thüringer Landesamt für Statistik festgestellte Einwohnerzahl zum 31. Dezember des dem Jahr des Inkrafttretens der Neugliederung vorvergangenen Jahres maßgeblich, soweit im Neugliederungsgesetz keine abweichende Regelung getroffen wird. Geht eine Gemeinde in unterschiedlichen neu gegliederten Gemeinden auf, gelten die aufgehende Gemeinde sowie die Gemeinden, die mit einem Gemeindeteil zusammengeschlossen werden oder in die ein Gemeindeteil eingegliedert wird, ebenfalls als an einer Neugliederung beteiligt im Sinne von Satz 3.

(3) Sind an einer freiwilligen Neugliederung nach § 1 Gemeinden beteiligt, die bereits im Jahr 2022 oder später neu gegliedert wurden und eine Neugliederungsprämie erhalten haben, so wird ihre Einwohnerzahl bei der Bemessung der Höhe der Neugliederungsprämie nach Absatz 2 nicht erneut berücksichtigt.

(4) Die Gewährung einer Neugliederungsprämie wird bei der Ermittlung der Höhe einer zu bewilligenden Bedarfzuweisung gemäß § 24 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 ThürFAG nicht bedarfsmindernd berücksichtigt.

(5) Die Festsetzung und Auszahlung der Neugliederungsprämie erfolgen durch das Thüringer Landesverwaltungsamt von Amts wegen. Die Auszahlung der Neugliederungs-

prämie an die neu gebildete oder vergrößerte Gemeinde soll spätestens drei Monate nach Inkrafttreten der Neugliederung erfolgen.

### § 3

#### Strukturbegleithilfe

(1) Die Strukturbegleithilfe ist eine allgemeine, steuerkraftunabhängige Zuweisung; sie dient nicht der Sicherstellung der angemessenen Finanzausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften durch das Land im Sinne des Artikels 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen und ist nicht Bestandteil der Finanzausgleichsmasse nach § 3 ThürFAG.

(2) Voraussetzung für eine Strukturbegleithilfe ist, dass an der freiwilligen Neugliederung nach § 1 zumindest eine Gemeinde beteiligt ist, die zum 31. Dezember 2020 verpflichtet war, ein Haushaltssicherungskonzept gemäß § 53 a der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) oder § 4 des Thüringer Gesetzes über die Kommunale Doppik (ThürKDG) aufzustellen oder fortzuschreiben und in den Jahren 2017, 2018 oder 2019 einen Fehlbetrag in der Jahresrechnung beziehungsweise einen Finanzmittelfehlbetrag aufweist. § 2 Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(3) Der Fehlbetrag für die Jahre 2017, 2018 und 2019 ergibt sich nach § 23 Abs. 2 in Verbindung mit § 87 Nr. 12 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung; der Finanzmittelfehlbetrag für die Jahre 2017, 2018 und 2019 nach § 47 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Nr. 15 und § 63 Nr. 27 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik aus den Finanzrechnungen der Gemeinde.

(4) Die Höhe der auszahlenden Strukturbegleithilfe ergibt sich aus der Summe der Fehlbeträge oder Finanzmittelfehlbeträge aus den Jahren 2017, 2018 und 2019 der an der freiwilligen Neugliederung beteiligten Gemeinde, die die Voraussetzungen zur Gewährung einer Strukturbegleithilfe erfüllt. Die Fehlbeträge oder Finanzmittelfehlbeträge sind für jedes Haushaltsjahr separat zu errechnen; eine Kumulation von Fehlbeträgen oder Finanzmittelfehlbeträgen vorhergehender Haushaltsjahre erfolgt nicht. Erfüllen mehrere an einer freiwilligen Neugliederung beteiligte Gemeinden die Voraussetzungen zur Gewährung einer Strukturbegleithilfe, ergibt sich die Höhe aus der Summe der Strukturbegleithilfen der einzelnen Gemeinden. Geht eine Gemeinde in unterschiedlichen neu gegliederten Gemeinden auf, gelten die aufgehende Gemeinde sowie die Gemeinden, die mit einem Gemeindeteil zusammengeschlossen werden oder in die ein Gemeindeteil eingegliedert wird, als an einer Neugliederung beteiligt. In diesem Fall ist die Strukturbegleithilfe für die aufgehende Gemeinde nach dem Verhältnis der aufgenommenen Einwohner auf die aufnehmenden Gemeinden aufzuteilen; § 2 Abs. 2 Satz 4 gilt entsprechend.

(5) Die Strukturbegleithilfe ist begrenzt auf die Höhe der jeweiligen Verschuldung nach der Tabelle "Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. Dezember

2019 in Thüringen" des Thüringer Landesamtes für Statistik der an der freiwilligen Neugliederung beteiligten Gemeinden, die die Anspruchsvoraussetzungen zur Gewährung einer Strukturbegleithilfe erfüllen. Sie beträgt aber höchstens vier Millionen Euro pro beteiligter Gemeinde (Höchstbetrag). Soweit eine beteiligte Gemeinde, die bereits nach dem Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385) neu gegliedert wurde, Strukturbegleithilfen oder besondere Entschuldungshilfen nach dem Thüringer Gesetz über Finanzhilfen im Rahmen der freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden in den Jahren 2018 und 2019 vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74, 78) erhalten hat, sind diese von dem Schuldenstand nach Satz 1 abzuziehen.

(6) Die neu gebildeten oder vergrößerten Gemeinden sind verpflichtet, in der Regel innerhalb von fünf Jahren Schulden in mindestens derselben Höhe zu tilgen, in der sie Strukturbegleithilfen erhalten. Soweit Vorfälligkeitsentscheidungen im Rahmen des Schuldenabbaus zu entrichten sind, gelten diese als Bestandteil des Schuldenabbaus. Dabei sind allerdings aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zunächst solche Kredite abzulösen, für deren Ablösung keine Vorfälligkeitsentschädigung zu entrichten ist. Dies können auch Kassenkredite sein.

(7) Soweit eine neu gebildete oder vergrößerte Gemeinde erneut an einer Neugliederung beteiligt ist, werden die Fehlbeträge oder Finanzmittelfehlbeträge der Gemeinde oder der Gemeinden, die in dieser Gemeinde aufgegangen ist oder sind, nur einmal berücksichtigt.

(8) Die Festsetzung und Auszahlung der Strukturbegleithilfen erfolgen durch das Thüringer Landesverwaltungsamt von Amts wegen. Die Auszahlung der Strukturbegleithilfe an die neu gebildete oder vergrößerte Gemeinde soll spätestens drei Monate nach Inkrafttreten der Neugliederung erfolgen.

#### § 4

##### Besondere Entschuldungshilfe

(1) Die besondere Entschuldungshilfe ist eine allgemeine, steuerkraftunabhängige Zuweisung zum Abbau einer deutlich überdurchschnittlichen Verschuldung; sie dient nicht der Sicherstellung der angemessenen Finanzausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften durch das Land im Sinne des Artikels 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen und ist nicht Bestandteil der Finanzausgleichsmasse nach § 3 ThürFAG.

(2) Voraussetzungen für die Gewährung der besonderen Entschuldungshilfe sind

- a) eine am 31. Dezember 2019 deutlich überdurchschnittliche Verschuldung der an der freiwilligen Neugliederung nach § 1 beteiligten Gemeinde und
- b) die Verpflichtung der Gemeinde, zum Stichtag 31. Dezember 2020 ein Haushaltssicherungskonzept nach § 53 a ThürKO oder § 4 ThürKDG aufzustellen oder fortzuschreiben.

§ 2 Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend. Deutlich überdurchschnittlich im Sinne des Buchstaben a ist eine Verschuldung, die unter Abzug von nach dem 31. Dezember 2019 erhaltenen Strukturbegleithilfen und besonderen Entschuldungshilfen gemäß Thüringer Gemeindeneugliederungsfinanzhilfegesetz oder diesem Gesetz mehr als dem Doppelten des Landesdurchschnitts der Verschuldung der Gemeinden in Thüringen zum 31. Dezember 2019 (Landesdurchschnitt: 462,38 Euro je Einwohner) entspricht. Die Verschuldung der kreisfreien Städte ist um einen Anteil für Kreisaufgaben in Höhe von 240,70 Euro je Einwohner zu verringern.

(3) Die Höhe der besonderen Entschuldungshilfe ist begrenzt auf den Betrag, der erforderlich ist, um die Verschuldung im Sinne von Absatz 2 Satz 1 Buchstabe a der Gemeinde, die die Voraussetzungen nach Absatz 2 erfüllt, auf die Höhe des Doppelten des Landesdurchschnitts der Verschuldung der Gemeinden in Thüringen zum 31. Dezember 2019 nach Absatz 2 Satz 3 zu senken. Die Höhe der besonderen Entschuldungshilfe darf die Höhe der tatsächlichen Verschuldung dieser Gemeinde zum Zeitpunkt der Neugliederung nicht übersteigen. Geht eine Gemeinde in unterschiedlichen neu gegliederten Gemeinden auf, gelten die aufgehende Gemeinde sowie die Gemeinden, die mit einem Gemeindeteil zusammengeschlossen werden oder in die ein Gemeindeteil eingegliedert wird, als an einer Neugliederung beteiligt. In diesem Fall ist die besondere Entschuldungshilfe für die aufgehende Gemeinde nach dem Verhältnis der aufgenommenen Einwohner auf die aufnehmenden Gemeinden aufzuteilen; § 2 Abs. 2 Satz 4 gilt entsprechend.

(4) Die Mittel der besonderen Entschuldungshilfe sind in der Regel innerhalb von fünf Jahren zur Schuldentilgung einzusetzen. Soweit Vorfälligkeitsentschädigungen im Rahmen des Schuldenabbaus zu entrichten sind, gelten diese als Bestandteil des Schuldenabbaus. Dabei sind allerdings aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zunächst solche Kredite abzulösen, für deren Ablösung keine Vorfälligkeitsentschädigung zu entrichten ist. Dies können auch Kassenkredite sein.

(5) Die Festsetzung und Auszahlung der besonderen Entschuldungshilfe erfolgen durch das Thüringer Landesverwaltungsamt von Amts wegen. Die Auszahlung der besonderen Entschuldungshilfe an die neu gebildete oder vergrößerte Gemeinde soll spätestens drei Monate nach Inkrafttreten der Neugliederung erfolgen.

(6) Sofern für eine beteiligte Gemeinde, die die Voraussetzungen von Absatz 2 erfüllt, auch eine Strukturbegleithilfe nach § 3 gewährt wird, ist diese auf die Zuweisung besonderer Entschuldungshilfe für die Gemeinde, die die Voraussetzungen von Absatz 2 erfüllt, anzurechnen.

#### § 5

##### Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

**Zweite Verordnung  
zur Änderung der Thüringer Feuerwehr-Organisationsverordnung  
Vom 15. April 2021**

Aufgrund des § 54 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 2 des Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetzes in der Fassung vom 5. Februar 2008 (GVBl. S. 22), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBl. S. 559), verordnet das Ministerium für Inneres und Kommunales im Einvernehmen mit dem Finanzministerium nach Anhörung des Innen- und Kommunalausschusses federführend und des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags:

**Artikel 1**

Die Thüringer Feuerwehr-Organisationsverordnung vom 27. Januar 2009 (GVBl. S. 39), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 4. April 2017 (GVBl. S. 126), wird wie folgt geändert:

1. § 19 Abs. 5 und Abs. 6 erhält folgende Fassung:

"(5) Die nach § 4 Abs. 4 in Verbindung mit Anlage 4 in der ab dem Inkrafttreten dieser Verordnung geltenden

Fassung zu führenden Dienstgrad- und Funktionsabzeichen sowie Ärmelabzeichen sind spätestens ab dem 1. Januar 2027 zu verwenden.

(6) Vor Inkrafttreten der Zweiten Verordnung zur Änderung der Thüringer Feuerwehr-Organisationsverordnung beschaffte Dienstkleidung kann aufgetragen werden."

2. § 20 erhält folgende Fassung:

"§ 20  
Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils für alle Geschlechter."

3. Die Anlagen 3 und 4 erhalten folgende Fassung:

**"Anlage 3  
(zu § 4 Abs. 2)**

<b>Dienstkleidung (Feuerwehr-Uniform) der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen und der hauptamtlichen Angehörigen des feuerwehrtechnischen Dienstes</b>
<b>Männliche Feuerwehrangehörige</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- dunkelblaue Uniformjacke,</li> <li>- schwarze Uniformhose,</li> <li>- weißes Diensthemd,</li> <li>- Schirmmütze,</li> <li>- dunkelblaue Krawatte mit Feuerwehrreblem,</li> <li>- schwarzer Gürtel,</li> <li>- schwarze Halbschuhe und schwarze Socken</li> </ul>
<b>Weibliche Feuerwehrangehörige</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- dunkelblaue Uniformjacke,</li> <li>- schwarze Uniformhose oder schwarzer Uniformrock,</li> <li>- weiße Dienstbluse,</li> <li>- Schirmmütze (optional),</li> <li>- dunkelblaue Krawatte mit Feuerwehrreblem oder dunkelblaues Halstuch,</li> <li>- schwarzer Gürtel,</li> <li>- schwarze Halbschuhe und schwarze Socken oder schwarze Pumps und hautfarbene Feinstrumpfhosen oder -strümpfe</li> </ul>

**Anlage 4**  
(zu § 4 Abs. 4)

## 1 Dienstgradabzeichen

### 1.1 Dienstgradabzeichen der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen der Freiwilligen Feuerwehr

<b>Aussehen</b>	dunkelblauer Grundstoff/-körper mit umlaufender Umrandung und sechsstrahligen Sternen je nach Dienstgrad
<b>Trageweise</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- als Schulterklappe auf der Uniformjacke,</li> <li>- als Schulterklappe oder Aufschiebeschlaufe auf dem Diensthemd oder der Dienstbluse</li> </ul>

Dienstgrad	Dienstgradabzeichen <sup>1</sup>	Farben der Umrandung und der Sterne
Feuerwehrmann-Anwärter (FMA)/ Feuerwehrfrau-Anwärterin (FFA)		rote Umrandung und roter Stern
Feuerwehrmann (FM)/ Feuerwehrfrau (FF)		rote Umrandung und rote Sterne
Oberfeuerwehrmann (OFM)/ Oberfeuerwehrfrau (OFF)		rote Umrandung und rote Sterne
Hauptfeuerwehrmann (HFM)/ Hauptfeuerwehrfrau (HFF)		rote Umrandung und silberner Stern mit roter Umrandung
Löschmeister/-in (LM)		rote Umrandung und silberne Sterne mit roter Umrandung
Oberlöschmeister/-in (OLM)		rote Umrandung und silberne Sterne mit roter Umrandung
Brandmeister/-in (BM)		rote Umrandung und goldener Stern mit roter Umrandung
Oberbrandmeister/-in (OBM)		rote Umrandung und goldene Sterne mit roter Umrandung

<sup>1</sup> Die bildliche Darstellung erfolgt in der Ausführung als Schulterklappe.

Dienstgrad	Dienstgradabzeichen <sup>1</sup>	Farben der Umrandung und der Sterne
Hauptbrandmeister/-in (HBM)		rote Umrandung und goldene Sterne mit roter Umrandung

**1.2 Dienstgradabzeichen der hauptamtlichen Angehörigen des feuerwehrtechnischen Dienstes**

<b>Aussehen</b>	dunkelblauer Grundstoff/-körper mit umlaufender Umrandung und Balken je nach Dienstgrad
<b>Trageweise</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- als Schulterklappe auf der Uniformjacke,</li> <li>- als Schulterklappe oder Aufschiebeschlaufe auf dem Diensthemd oder der Dienstbluse</li> </ul>

Dienstgrad	Dienstgradabzeichen <sup>2</sup>	Farben der Umrandung und der Sterne
Brandmeister-Anwärter/-in (BMA)		rote Umrandung und rot umrandeter Balken
Brandmeister/-in (BM)		rote Umrandung und roter Balken
Oberbrandmeister/-in (OBM)		rote Umrandung und rote Balken
Hauptbrandmeister/-in (HBM)		rote Umrandung und rote Balken
Hauptbrandmeister/-in mit Zulage (HBMmZ)		silberne Umrandung und rote Balken
Brandoberinspektor-Anwärter/-in (BOIA)		silberne Umrandung und silbern umrandeter Balken
Brandoberinspektor/-in (BOI)		silberne Umrandung und silberne Balken

<sup>2</sup> Die bildliche Darstellung erfolgt in der Ausführung als Schulterklappe.

Dienstgrad	Dienstgradabzeichen <sup>2</sup>	Farben der Umrandung und der Sterne
Brandamtmann/-frau (BA)		silberne Umrandung und silberne Balken
Brandamtsrat/-rätin (BAR)		silberne Umrandung und silberne Balken
Brandoberamtsrat/-rätin (BOAR)		silberne Umrandung und silberne Balken
Brandreferendar/-in (BRef)		goldene Umrandung und gold umrandeter Balken
Brandrat/-rätin (BR)		goldene Umrandung und goldener Balken
Oberbrandrat/-rätin (OBR)		goldene Umrandung und goldene Balken
Branddirektor/-in (BD)		goldene Umrandung und goldene Balken
Leitender Branddirektor/-in (LtdBD)		goldene Umrandung und goldene Balken

## 2 Funktionsabzeichen der ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und hauptamtlichen Angehörigen des feuerwehrtechnischen Dienstes

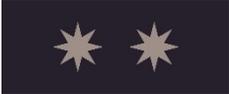
### 2.1 Funktionsabzeichen für Kreisbrandinspektoren, Kreisbrandmeister und Kreis- und Stadtjugendfeuerwehrwarte

<b>Aussehen</b>	dunkelblauer Grundstoff/-körper mit umlaufender Umrandung und sechsstrahligen Sternen oder einer Jugendflamme je nach Funktion
<b>Trageweise</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- als Schulterklappe auf der Uniformjacke,</li> <li>- als Schulterklappe oder Aufschiebeschlaufe auf dem Diensthemd oder der Dienstbluse</li> </ul>

Funktion	Funktionsabzeichen <sup>3</sup>	Farben der Umrandung und der Sterne oder der Flamme
Kreisbrandinspektor/-in (KBI) (hauptamtlich)		silberne Umrandung und goldene Sterne mit silberner Umrandung
Kreisbrandmeister/-in (KBM) (hauptamtlich)		silberne Umrandung und goldene Sterne mit silberner Umrandung
Kreisbrandmeister/-in (KBM) (ehrenamtlich)		rote Umrandung und goldene Sterne mit roter Umrandung
Kreisjugendfeuerwehrwart/-in (KJFW), Stadtjugendfeuerwehrwart/-in (SJFW)		rote Umrandung und silberne Jugendflamme
stellvertretender Kreisjugendfeuerwehrwart/stellvertretende Kreisjugendfeuerwehrwartin (stellv. KJFW), stellvertretender Stadtjugendfeuerwehrwart/stellvertretende Stadtjugendfeuerwehrwartin (stellv. SJFW)		rote Umrandung und rote Jugendflamme

**2.2 Funktionsabzeichen für Orts- oder Stadtbrandmeister und Wehrführer, deren jeweiligen Stellvertreter sowie Leiter der Jugendfeuerwehr**

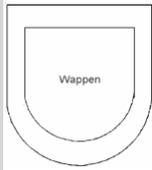
<b>Aussehen</b>	dunkelblauer Grundstoff/-körper mit teilweiser umlaufender Umrandung und achtstrahligen Sternen oder einer Jugendflamme je nach Funktion
<b>Trageweise</b>	Die Funktionsabzeichen werden auf dem linken unteren Ärmel der Uniformjacke getragen.

Funktion	Funktionsabzeichen	Farben der Umrandung und der Sterne oder der Flamme
Ortsbrandmeister/in (OBM), Stadtbrandmeister/in (SBM)		silberne Umrandung und silberne Sterne
stellvertretender Ortsbrandmeister/ stellvertretende Ortsbrandmeisterin (stellv. OBM), stellvertretender Stadtbrandmeister/ stellvertretende Stadtbrandmeisterin (stellv. SBM)		silberne Sterne
Wehrführer/-in (WF)		silberne Umrandung und silberner Stern

<sup>3</sup> Die bildliche Darstellung erfolgt in der Ausführung als Schulterklappe.

Funktion	Funktionsabzeichen	Farben der Umrandung und der Sterne oder der Flamme
stellvertretender Wehrführer/stellvertretende Wehrführerin (stellv. WF)		silberner Stern
Leiter/-in der Jugendfeuerwehr (LJF)		silberne Umrandung und silberne Jugendflamme

### 3 Ärmelabzeichen der ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und hauptamtlichen Angehörigen des feuerwehrtechnischen Dienstes

<b>Aussehen Muster</b> 	dunkelblauer oder weißer Grundstoff/-körper mit dem Wappen des Aufgabenträgers und Aufschrift
<b>Trageweise</b>	Die Ärmelabzeichen werden auf dem linken oberen Ärmel der Uniformjacke und des Diensthemdes oder der Dienstbluse getragen.

ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren, hauptamtliche Angehörige des feuerwehrtechnischen Dienstes	Farben der Umrandung und der Schrift
<ul style="list-style-type: none"> <li>- ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr bis einschließlich Dienstgrad Oberlöschmeister/-in,</li> <li>- hauptamtliche Angehörige des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes</li> </ul>	rote Umrandung und rote Schrift
<ul style="list-style-type: none"> <li>- ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr mit Dienstgrad ab Brandmeister/-in bis einschließlich Hauptbrandmeister/-in,</li> <li>- hauptamtliche Angehörige des gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes</li> </ul>	silberne Umrandung und silberne Schrift
hauptamtliche Angehörige des höheren feuerwehrtechnischen Dienstes	goldene Umrandung und goldene Schrift"

## Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Erfurt, den 15. April 2021

Der Minister für Inneres und Kommunales

Georg Maier

**Thüringer Verordnung  
zur Änderung der Regelungen über die Studienplatzvergabe und  
die Kapazitätsberechnung  
Vom 23. April 2021**

Aufgrund des § 9 Satz 1, des § 11 Abs. 4 und des § 14 Nr. 2, 4, 5 und 7 des Thüringer Hochschulzulassungsgesetzes in der Fassung vom 8. September 2020 (GVBl. S. 449) in Verbindung mit Artikel 12 Abs. 1 Nr. 4, 5, 7 und 10 des Staatsvertrags über die Hochschulzulassung vom 21. März 2019 bis 4. April 2019 (GVBl. S. 404) verordnet das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft:

**Artikel 1  
Änderung der  
Thüringer Studienplatzvergabeverordnung**

Die Thüringer Studienplatzvergabeverordnung vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 322) wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 3 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 bis zum 25. August 2020" durch die Angabe "Wintersemester 2021/2022 bis zum 5. August 2021" ersetzt.

bb) In Satz 6 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 bis zum 27. August 2020" durch die Angabe "Wintersemester 2021/2022 bis zum 7. August 2021" ersetzt.

b) In Absatz 3 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 bis zum 20. September 2020" durch die Angabe "Wintersemester 2021/2022 bis zum 31. August 2021" ersetzt.

c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In der Einleitung des Satzes 1 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 in der Zeit vom 28. August 2020 bis zum 26. September 2020" durch die Angabe "Wintersemester 2021/2022 in der Zeit vom 8. August 2021 bis zum 6. September 2021" ersetzt.

bb) In Satz 3 Halbsatz 1 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 am 27. September 2020" durch die Angabe "Wintersemester 2021/2022 am 7. September 2021" ersetzt.

d) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Halbsatz 1 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 vom 3. Oktober 2020 bis 20. Oktober 2020" durch die Angabe "Wintersemester 2021/2022 vom 13. September 2021 bis 30. September 2021" ersetzt.

bb) In Satz 2 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 vom 30. September 2020 bis 2. Oktober 2020" durch die Angabe "Wintersemester 2021/2022 vom 10. September 2021 bis 12. September 2021" ersetzt.

cc) In Satz 4 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 vom 30. September 2020 bis 20. Oktober 2020" durch die Angabe "Wintersemester 2021/2022 vom 10. September 2021 bis 30. September 2021" ersetzt.

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Für die Bewerbung im Zentralen Vergabeverfahren ist eine Registrierung nach § 4 Abs. 1 erforderlich. Der Zulassungsantrag muss

1. für das Sommersemester bis zum 15. Januar,
2. für das Wintersemester 2021/2022 bis zum 31. Mai 2021, wenn die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 16. Januar 2021 erworben wurde, andernfalls bis zum 31. Juli 2021 und für die folgenden Wintersemester bis zum 31. Mai, wenn die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 16. Januar erworben wurde, andernfalls bis zum 15. Juli

bei der Stiftung eingegangen sein (Bewerbungsfrist). Ist der Zulassungsantrag fristgerecht gestellt worden, können nachträglich eingereichte Unterlagen

1. für das Sommersemester bis zum 20. Januar,
2. für das Wintersemester 2021/2022 bis zum 15. Juni 2021, wenn die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 16. Januar 2021 erworben wurde, andernfalls bis zum 5. August 2021 und für die folgenden Wintersemester bis zum 15. Juni, wenn die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 16. Januar erworben wurde, andernfalls bis zum 20. Juli

berücksichtigt werden; Ergebnisse von Kriterien, die für eine Bewerbung zu einem Wintersemester erst nach dem 15. Juni feststehen, können für das Wintersemester 2021/2022 bis zum 5. August 2021 und für die folgenden Wintersemester bis zum 20. Juli nachgereicht werden. Bei Bewerbungen für ein Zweitstudium gilt der Zeitpunkt des Abschlusses des Erststudiums als Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung nach Satz 2 Nr. 2 und Satz 3 Halbsatz 1 Nr. 2. Anträge, die nach dieser Verordnung zusätzlich zum Zulassungsantrag gestellt werden können, sind mit dem Zulassungsantrag zu stellen. Bewerber, die ihre Hochschulzugangsberechtigung bei einer Bewerbung zum Wintersemester vor dem 16. Januar erworben haben, können diese Anträge für das Wintersemester 2021/2022 bis zum 31. Juli 2021 und

für die folgenden Wintersemester bis zum 15. Juli stellen, wenn sie sich auf einen Sachverhalt stützen, der nach Ablauf der für sie geltenden Bewerbungsfrist, aber bei einer Bewerbung zum Wintersemester 2021/2022 vor dem 1. August 2021 und bei einer Bewerbung für die folgenden Wintersemester vor dem 16. Juli eingetreten ist."

b) Absatz 5 Satz 2 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

"2. für das Wintersemester 2021/2022 bis zum 31. Juli 2021 und für die folgenden Wintersemester bis zum 15. Juli"

3. In § 7 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 bis zum 20. August 2020" durch die Angabe "Wintersemester 2021/2022 bis zum 31. Juli 2021" ersetzt.

4. § 9 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 5 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 ab dem 24. September 2020" durch die Angabe "für das Wintersemester 2021/2022 ab dem 4. September 2021" ersetzt.

b) Satz 6 erhält folgende Fassung:

"Die Plätze in der Quote nach § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 sowie in der Quote nach § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 vergeben die Hochschulen für das Sommersemester bis zum 20. März und für das Wintersemester bis zum 20. September."

5. In § 11 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 bis zum 20. August 2020" durch die Angabe "Wintersemester 2021/2022 bis zum 31. Juli 2021" ersetzt.

6. In § 23 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 bis zum 20. August" durch die Angabe "Wintersemester 2021/2022 bis zum 31. Juli 2021" ersetzt.

7. In § 25 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 wird die Angabe "Wintersemester 2020/2021 bis zum 20. August 2020" durch die

Angabe "Wintersemester 2021/2022 bis zum 31. Juli 2021" ersetzt.

8. § 40 Abs. 2 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

"1. in den Quoten nach Artikel 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 des Staatsvertrags werden nur Kriterien berücksichtigt, deren Ergebnisse für das Sommersemester bis zum 15. Januar und für das Wintersemester bis zum 31. Juli feststehen,"

## **Artikel 2**

### **Änderung der Thüringer Kapazitätsverordnung**

Die Thüringer Kapazitätsverordnung vom 18. Juni 2009 (GVBl. S. 485), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 322), wird wie folgt geändert:

1. § 45 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Dies gilt nicht, soweit

1. die Lehrauftragsstunden aus Haushaltsmitteln für unbesetzte Stellen vergütet worden sind oder
2. es sich um Lehrauftragsstunden handelt, die zur Umsetzung einzuhaltender Hygieneregeln in einer Pandemielage außerordentlich zur Verfügung gestellt worden sind und entsprechend gekennzeichnet wurden."

2. In Anlage 8 Nr. 4 wird die Zahl "7,8" durch die Zahl "8,86" ersetzt.

## **Artikel 3**

### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt Artikel 2 Nr. 2 am 1. Oktober 2021 in Kraft.

Erfurt, den 23. April 2021

Der Minister für Wirtschaft,  
Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Wolfgang Tiefensee

**Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung  
für die Laufbahn des höheren agrar-, forst- und umweltbezogenen Dienstes  
im Fachgebiet Forst (ThürAPOhDForst)  
Vom 5. Mai 2021**

**Inhaltsübersicht**

**Erster Abschnitt**

**Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Regelungsgegenstand und Laufbahnbefähigung
- § 2 Ziel des Vorbereitungsdienstes
- § 3 Regelungen für Menschen mit Behinderung

**Zweiter Abschnitt  
Vorbereitungsdienst**

- § 4 Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsbehörde
- § 5 Ausbildungsstellen
- § 6 Leiter der Laufbahnausbildung, Ausbildungsbedienstete
- § 7 Einstellungsvoraussetzungen, Zulassungsverfahren
- § 8 Rechtsstellung
- § 9 Dauer und Gliederung des Vorbereitungsdienstes
- § 10 Projektarbeiten, Leistungseinschätzung
- § 11 Verlängerung des Vorbereitungsdienstes
- § 12 Entlassung

**Dritter Abschnitt**

**Große Forstliche Staatsprüfung**

- § 13 Ziel der Großen Forstlichen Staatsprüfung
- § 14 Zeitlicher Ablauf und Ort
- § 15 Zulassung zur Laufbahnprüfung
- § 16 Prüfungsausschuss
- § 17 Prüfer
- § 18 Prüfungsabschnitte und Prüfungsgebiete
- § 19 Schriftliche Prüfung
- § 20 Praktische Waldprüfung
- § 21 Fernbleiben, Rücktritt
- § 22 Täuschungsversuch, Verstoß gegen die Ordnung
- § 23 Prüfungsnoten
- § 24 Feststellung der Abschlussnote
- § 25 Prüfungszeugnis
- § 26 Wiederholung der Prüfung
- § 27 Prüfungsakten
- § 28 Wirkung der Prüfung

**Vierter Abschnitt**

**Schlussbestimmungen**

- § 29 Gleichstellungsbestimmung
- § 30 Inkrafttreten

Aufgrund des § 14 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Laufbahngesetzes (ThürLaufbG) vom 12. August 2014 (GVBl. 472-498-), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 298), verordnet das Ministerium für

Infrastruktur und Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz und dem Ministerium für Inneres und Kommunales:

**Erster Abschnitt**

**Allgemeine Bestimmungen**

§ 1

Regelungsgegenstand und Laufbahnbefähigung

(1) Diese Verordnung regelt die Zulassung, Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn der Fachrichtung des höheren agrar-, forst- und umweltbezogenen Dienstes im Fachgebiet Forst.

(2) Darüber hinaus gelten die Bestimmungen des Thüringer Laufbahngesetzes.

(3) Durch die erfolgreiche Ableistung des Vorbereitungsdienstes und das Bestehen der Großen Forstlichen Staatsprüfung wird die Befähigung für die Laufbahn des höheren agrar-, forst- und umweltbezogenen Dienstes im Fachgebiet Forst erworben.

§ 2

Ziel des Vorbereitungsdienstes

(1) Auf der Grundlage des während des forstlichen Studiums erworbenen Wissens sollen Assessoren des Forstdienstes ausgebildet werden, die nach ihrer Persönlichkeit sowie nach ihren allgemeinen und fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten geeignet sind, die Aufgaben des höheren agrar-, forst- und umweltbezogenen Dienstes im Fachgebiet Forst wahrzunehmen. Insbesondere sollen die Verantwortungs- und Führungsbereitschaft gestärkt und Grundsätze der Menschenführung vermittelt werden.

(2) Neben der fachlichen Ausbildung nach Absatz 1 soll das Verständnis für soziale, rechtliche, wirtschaftliche, staats- und umweltpolitische sowie kulturelle Fragen gefördert werden.

(3) Das Ausbildungsziel ist mit dem Bestehen der Großen Forstlichen Staatsprüfung erreicht.

§ 3

Regelungen für Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung wird im Auswahlverfahren, bei der Erbringung von Leistungsnachweisen und für die Teilnahme an Prüfungen die ihrer Behinderung angemessene Erleichterung gewährt; hierauf sind sie rechtzeitig hinzuweisen. Art und Umfang der zu gewährenden Erleichterungen sind mit dem Menschen mit Behinderung rechtzeitig und, sofern dies zeitlich noch möglich ist, mit der Schwerbehindertenvertretung zu erörtern, es sei denn, dass der Mensch mit Behinderung damit nicht einverstanden ist. Die

Erleichterungen dürfen nicht dazu führen, dass die Anforderungen herabgesetzt werden.

## Zweiter Abschnitt Vorbereitungsdienst

### § 4

Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsbehörde

Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsbehörde ist ThüringenForst - Anstalt öffentlichen Rechts (Landesforstanstalt).

### § 5

Ausbildungsstellen

Ausbildungsstellen sind die Forstämter, das Forstliche Forschungs- und Kompetenzzentrum Gotha sowie die Zentrale der Landesforstanstalt in Erfurt.

### § 6

Leiter der Laufbahnausbildung, Ausbildungsbedienstete

(1) Die Laufbahnausbildung wird vom Vorstand der Landesforstanstalt geleitet. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter der Forstreferendare und für die Laufbahnausbildung verantwortlich.

(2) Die Ausbildung im Einzelnen obliegt Ausbildungsbediensteten, die die Befähigung für die Laufbahn des höheren agrar-, forst- und umweltbezogenen Dienstes im Fachgebiet Forst besitzen. Der Vorstand der Landesforstanstalt bestimmt für jede Ausbildungsstelle nach § 5 einen Ausbildungsbediensteten.

### § 7

Einstellungsvoraussetzungen, Zulassungsverfahren

- (1) In den Vorbereitungsdienst kann eingestellt werden, wer
1. die gesetzlichen Voraussetzungen für die
    - a) Berufung in das Beamtenverhältnis nach § 7 des Beamtenstatusgesetzes (BeamStG) und den §§ 7 und 8 ThürLaufbG oder
    - b) Einstellung in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis nach § 15 Abs. 3 ThürLaufbG erfüllt,
  2. die körperliche und gesundheitliche Eignung für den höheren Forstdienst besitzt,
  3. im Besitz eines gültigen Jahresjagdscheines nach § 15 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes ist,
  4. eine Fahrerlaubnis der Führerscheinklasse B besitzt,
  5. einen forstlichen Diplom- oder Masterabschluss an einer Universität oder einen forstlichen Masterabschluss an einer Fachhochschule nachweist und
  6. im Rahmen einer Hochschulausbildung die folgenden Lehrinhalte erfolgreich absolviert hat:
    - a) Waldökologie,
    - b) Waldbau,
    - c) Forsteinrichtung,
    - d) Waldschutz,
    - e) Wildtiermanagement und Jagd,
    - f) Naturschutz/Landschaftspflege,
    - g) forstliche Betriebsplanung und -steuerung,
    - h) forstliche Arbeitslehre und Verfahrenstechnik,

- i) Walderschließung und Logistik,
- j) Forstnutzung und Holzmarkt,
- k) allgemeine und fachbezogene Rechtsgrundlagen,
- l) Forstpolitik,
- m) forstliche Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit,
- n) Führung und Kommunikation.

(2) Bewerbungen zur Zulassung zum Vorbereitungsdienst sind bei der Landesforstanstalt einzureichen. Bewerbungsfristen, Einstellungstermine sowie das Zulassungsverfahren legt die Landesforstanstalt fest und gibt diese in den Stellenausschreibungen zur Einstellung von Forstreferendaren bekannt.

### § 8

Rechtsstellung

(1) Der Vorbereitungsdienst wird grundsätzlich im Beamtenverhältnis auf Widerruf abgeleistet. Während des Vorbereitungsdienstes führen die Beamten auf Widerruf die Dienstbezeichnung "Forstreferendar".

(2) Abweichend von Absatz 1 sind in den Vorbereitungsdienst zugelassene ausländische Bewerber aus Staaten, die nicht Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder diesen gleichgestellt sind, ohne Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis außerhalb des Beamtenverhältnisses in die Ausbildung einzustellen.

### § 9

Dauer und Gliederung des Vorbereitungsdienstes

(1) Der Vorbereitungsdienst dauert in der Regel zwei Jahre und gliedert sich in der Regel in die folgenden Ausbildungsabschnitte:

- |   |            |
|---|------------|
| 1. Forstliches Forschungs- und Kompetenzzentrum Gotha                         | 4 Monate,  |
| 2. Verwaltungslehrgang  | 1 Monat,   |
| 3. Zentrale der Landesforstanstalt und das für Forsten zuständige Ministerium | 3 Monate,  |
| 4. Forstamt   | 11 Monate, |
| 5. Hospitation im forst- oder holzwirtschaftlichen Sektor                     | 2 Monate,  |
| 6. Prüfungsvorbereitung und Laufbahnprüfung                                   | 3 Monate.  |

Die Ausbildungsbehörde kann die Dauer und die Reihenfolge der Ausbildungsabschnitte im Einvernehmen mit dem für Forsten zuständigen Ministerium im Einzelfall ändern.

(2) Eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes ist ausgeschlossen.

(3) Die Ausbildungsbehörde erlässt im Einvernehmen mit dem für Forsten zuständigen Ministerium einen Ausbildungsrahmenplan mit den konkretisierten Ausbildungsinhalten. Der Ausbildungsrahmenplan gilt ergänzend zu dieser Verordnung.

(4) Während des Vorbereitungsdienstes werden die Forstreferendare von der Ausbildungsbehörde zu Lehrgängen einberufen. Im Rahmen der Lehrgänge werden vertiefte

Kenntnisse zu abgegrenzten forstlichen Fachbereichen vermittelt.

#### § 10

##### Projektarbeiten, Leistungseinschätzung

(1) In den Ausbildungsabschnitten nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 4 hat der Forstreferendar jeweils eine Projektarbeit zu erstellen und einen zugehörigen Vortrag zu halten. Der jeweilige Ausbildungsbedienstete bewertet die Projektarbeit sowie den Vortrag und bildet daraus eine gemeinsame Vornote. Die Bewertung der Projektarbeit geht zu 70 Prozent und der Vortrag zu 30 Prozent in die gemeinsame Vornote ein.

(2) Der Ausbildungsbedienstete gibt am Ende des Ausbildungsabschnitts nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 eine förmliche Leistungseinschätzung über die Leistungen des Forstreferendars ab. Das Formular für die förmliche Leistungseinschätzung ist Bestandteil des Ausbildungsrahmenplans nach § 9 Abs. 3.

(3) Die Leistungen nach Absatz 1 und die Leistungseinschätzung nach Absatz 2 werden jeweils mit einer Vornote nach Maßgabe des § 23 bewertet, welche in die Abschlussnote nach § 24 Abs. 2 einfließen. Die Bewertungen nach Absatz 1 und die Leistungseinschätzung nach Absatz 2 sind dem Forstreferendar durch den jeweiligen Ausbildungsbediensteten zu eröffnen und mit ihm zu besprechen. Die Eröffnung ist aktenkundig zu machen.

#### § 11

##### Verlängerung des Vorbereitungsdienstes

Die im Einzelfall erforderliche Verlängerung des Vorbereitungsdienstes erfolgt nach § 19 Abs. 1 bis 5 ThürLaufbG. Dies gilt sinngemäß auch für Forstreferendare, die sich in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis befinden.

#### § 12

##### Entlassung

(1) Der Forstreferendar ist entlassen, wenn

1. eine nach § 19 Abs. 1 bis 5 ThürLaufbG verlängerte Vorbereitungsdienstzeit überschritten wird,
2. er an dem nächstmöglichen Termin zur Wiederholung der Prüfung nach § 26 Abs. 1 unentschuldig nicht teilgenommen hat.

(2) Die §§ 11, 12 und 21 bis 24 BeamtStG bleiben unberührt.

### **Dritter Abschnitt Große Forstliche Staatsprüfung**

#### § 13

##### Ziel der Großen Forstlichen Staatsprüfung

In der Großen Forstlichen Staatsprüfung (Laufbahnprüfung) hat der Forstreferendar nachzuweisen, dass er

1. die wissenschaftlichen Erkenntnisse sowie die Rechts- und Dienstvorschriften in der praktischen Forstwirtschaft

und in der Forstverwaltung anzuwenden versteht,

2. sich hinreichendes Fachwissen und die erforderlichen Erfahrungen auf allen Gebieten des höheren Dienstes im Fachgebiet Forst angeeignet hat sowie
  3. über Urteilsfähigkeit, Beobachtungsgabe und Entschlusskraft verfügt
- und somit die Befähigung für die Laufbahn des höheren agrar-, forst- und umweltbezogenen Dienstes im Fachgebiet Forst besitzt.

#### § 14

##### Zeitlicher Ablauf und Ort

(1) Die Laufbahnprüfung findet in der Regel einmal im Jahr statt und ist nicht öffentlich. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach § 16 Abs. 2 kann dienstlich interessierten Personen die Anwesenheit während der praktischen Waldprüfung gestatten; diese Personen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(2) Die Prüfungsbehörde bestimmt den zeitlichen Ablauf und den Ort der Laufbahnprüfung und ist für die verordnungskonforme Durchführung der Laufbahnprüfung verantwortlich.

#### § 15

##### Zulassung zur Laufbahnprüfung

(1) Zur Laufbahnprüfung wird zugelassen, wer die Ausbildungsabschnitte nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 5 abgeleistet hat.

(2) Die zur Laufbahnprüfung zugelassenen Forstreferendare werden von der Prüfungsbehörde zu den einzelnen Prüfungsabschnitten nach § 18 Abs. 1 schriftlich eingeladen.

(3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach § 16 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 kann Forstreferendare zur Laufbahnprüfung zulassen, die den Vorbereitungsdienst in einem anderen Bundesland abgeleistet haben, wenn dies durch eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung vorgesehen ist. Für den Abschluss einer entsprechenden Verwaltungsvereinbarung ist die Prüfungsbehörde zuständig.

#### § 16

##### Prüfungsausschuss

(1) Die Prüfungsbehörde bildet einen Prüfungsausschuss. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden von der Prüfungsbehörde berufen.

- (2) Dem Prüfungsausschuss gehören an:
1. ein Mitglied des Vorstandes der Landesforstanstalt als Vorsitzender,
  2. der für Personal zuständige Bedienstete der Landesforstanstalt mit der Befähigung für die Laufbahngruppe des höheren Dienstes als stellvertretender Vorsitzender sowie ein weiterer Bediensteter mit der Befähigung für die Laufbahngruppe des höheren Dienstes aus der für Personal zuständigen Organisationseinheit der Landesforstanstalt,

3. vier weitere Bedienstete der Landesforstanstalt mit der Befähigung für die Laufbahn des höheren agrar-, forst- und umweltbezogenen Dienstes im Fachgebiet Forst,
4. ein Bediensteter der Landesforstanstalt mit der Befähigung für das Richteramt.

Jede Spitzenorganisation der zuständigen Gewerkschaften kann auf Antrag einen Vertreter, der die Befähigung für die Laufbahn des höheren oder gehobenen Forstdienstes besitzen muss, als Beobachter in den Prüfungsausschuss entsenden.

(3) Für jedes Mitglied des Prüfungsausschusses wird durch die Prüfungsbehörde in der Regel ein Stellvertreter berufen. Zur Gewährleistung der Beschlussfähigkeit nach Abs. 4 ist für mindestens fünf Mitglieder ein Stellvertreter zu berufen. Die Stellvertreter für die Prüfungsausschussmitglieder nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 bis 4 müssen über die Befähigung des jeweils zu vertretenden Prüfungsausschussmitglieds verfügen.

(4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens fünf der Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit die des Stellvertreters.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, die Vertreter der Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften als Beobachter im Prüfungsausschuss nach Absatz 2 Satz 2 und die Prüfer nach § 17 sind zur Verschwiegenheit in allen die Vorbereitung und Durchführung der Laufbahnprüfung betreffenden Angelegenheiten verpflichtet.

(6) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt einen Bediensteten der Landesforstanstalt, der nicht dem Prüfungsausschuss angehört, zum Schriftführer, der auch mit Aufgaben der Organisation der Laufbahnprüfung beauftragt werden kann. Absatz 5 gilt entsprechend.

#### § 17 Prüfer

Die Prüfungsbehörde bestellt für jedes Prüfungsgebiet nach § 18 Abs. 2 zwei Prüfer sowie zwei stellvertretende Prüfer, welche die jeweilige Prüfungsleistung abnehmen und bewerten. Die Prüfer sind in ihren Prüfungsentscheidungen unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

#### § 18 Prüfungsabschnitte und Prüfungsgebiete

(1) Die Laufbahnprüfung besteht aus den Prüfungsabschnitten:

1. schriftliche Prüfung,
2. praktische Waldprüfung.

(2) Für beide Prüfungsabschnitte nach Absatz 1 sind Aufgaben aus den folgenden Prüfungsgebieten auszuwählen:

1. Waldbau,
2. Forsteinrichtung und Standortkunde,
3. Forstnutzung, Holzvermarktung, neue Geschäftsfelder,
4. Waldarbeit, Forsttechnik und Walderschließung,

5. Forstpolitik,
6. Naturschutz und Landschaftspflege,
7. forstliche Betriebsplanung und -steuerung, forstbetriebliches Rechnungswesen,
8. Recht und Verwaltung,
9. Jagd und Waldschutz.

#### § 19 Schriftliche Prüfung

(1) In der schriftlichen Prüfung werden innerhalb einer Kalenderwoche mindestens fünf und bis zu sieben Prüfungsarbeiten geschrieben. Die Prüfungsbehörde bestimmt, welche Prüfungsgebiete nach § 18 Abs. 2 in den Prüfungsarbeiten zu bearbeiten sind. Die Bearbeitungszeit für alle Prüfungsarbeiten darf insgesamt 36 Stunden nicht überschreiten. Aufgaben aus zwei Prüfungsgebieten können zu einer Doppelaufgabe zusammengefasst werden. Die Bearbeitungszeit einer Doppelaufgabe beträgt mindestens sechs und höchstens acht Stunden.

(2) Der Prüfungsausschuss wählt die Prüfungsaufgaben aus Vorschlägen aus, die von der Prüfungsbehörde bestimmt wurden. Außerdem legt er die jeweiligen Bearbeitungszeiten und die jeweils zulässigen Hilfsmittel fest.

(3) Die Aufsicht in der schriftlichen Prüfung führen von der Prüfungsbehörde bestellte Bedienstete der Landesforstanstalt. Vor Beginn jeder Prüfungsarbeit beehrt ein Aufsichtsführender die Forstreferendare über die Regelungen nach Absatz 10, § 21 Abs. 1 und 4 sowie § 22.

(4) Vor Beginn jeder Prüfungsarbeit werden unter der Leitung eines Aufsichtführenden die mit einer Kennziffer versehenen Sitzplätze im Prüfungsraum verlost. Der Forstreferendar hat sämtliche Prüfungsarbeiten, Entwürfe und Arbeitsbögen anstelle seines Namens mit seiner im Losverfahren erhaltenen Kennziffer zu versehen.

(5) Ein Aufsichtführender vermerkt die Kennziffern nach Absatz 4 auf einer Teilnehmerliste und leitet diese in einem verschlossenen Umschlag dem Schriftführer zu. Den Mitgliedern des Prüfungsausschusses und den zwei nach § 17 bestimmten Prüfern darf die Zuordnung der Kennziffern zu den Prüflingen nicht bekanntgegeben werden.

(6) Ein Aufsichtführender sorgt für die Abgabe der Prüfungsarbeiten unmittelbar nach Ablauf der Bearbeitungszeit. Er vermerkt auf jeder Prüfungsarbeit den Zeitpunkt der Abgabe und leitet die Arbeiten umgehend dem Schriftführer in einem verschlossenen Umschlag zu.

(7) Ein Aufsichtführender fertigt eine Niederschrift über den Verlauf jeder schriftlichen Prüfung und über besondere Vorkommnisse, insbesondere über Verstöße gegen die Prüfungsordnung.

(8) Die Prüfungsarbeiten werden von den nach § 17 bestimmten Prüfern selbstständig und unabhängig voneinander bewertet. Auf den Prüfungsarbeiten dürfen keine Bewertungen oder Vermerke angebracht werden. Bei Doppelaufgaben nach Absatz 1 Satz 4 bewerten insgesamt nur zwei Prüfer die Prüfungsarbeit. Jeder Prüfer bewert-

tet jedes Prüfungsgebiet mit einer Einzelnote nach Maßgabe des § 23.

(9) Aus den beiden Einzelnoten für jedes Prüfungsgebiet nach Absatz 8 Satz 4 wird der Durchschnitt der beiden Bewertungen als Note für jedes Prüfungsgebiet auf zwei Dezimalstellen kaufmännisch gerundet berechnet.

(10) Für nicht oder nicht rechtzeitig abgegebene Prüfungsarbeiten ist die Note "ungenügend" nach § 23 Abs. 1 Nr. 6 festzusetzen.

(11) Für die schriftliche Prüfung wird eine Gesamtnote aus dem Mittel der Noten der Prüfungsarbeiten auf zwei Dezimalstellen kaufmännisch gerundet berechnet.

### § 20

#### Praktische Waldprüfung

(1) Jedes Prüfungsgebiet nach § 18 Abs. 2 ist Gegenstand der praktischen Waldprüfung. Die Prüfungen finden an verschiedenen Stationen in der Regel innerhalb von zwei aufeinanderfolgenden Tagen statt und werden in jedem Prüfungsgebiet von zwei Prüfern nach § 17 abgenommen.

(2) In der praktischen Waldprüfung werden die Forststufen einzeln geprüft.

(3) Die Prüfungszeit beträgt an jeder Station 20 bis 30 Minuten. Werden mehrere Prüfungsgebiete an einer Station geprüft, verlängert sich die Prüfungszeit entsprechend.

(4) Die Leistungen der Prüflinge an den einzelnen Stationen der praktischen Waldprüfung werden von den beiden Prüfern nach § 17 gemeinsam bewertet und in einer Note festgestellt.

(5) Werden in der praktischen Waldprüfung zwei oder mehr Prüfungsgebiete an einer Station gemeinsam geprüft, bewerten ebenfalls zwei Prüfer die Leistungen. Die Prüfer legen gemeinsam jeweils eine Note je Prüfungsgebiet fest.

(6) Für die praktische Waldprüfung wird eine Gesamtnote aus dem Mittel der Noten aus allen Prüfungsgebieten auf zwei Dezimalstellen kaufmännisch gerundet berechnet.

### § 21

#### Fernbleiben, Rücktritt

(1) Tritt ein Prüfling nach der Zulassung zur Laufbahnprüfung ohne Genehmigung des Prüfungsausschusses von einem Prüfungsabschnitt oder einer Einzelprüfung zurück oder bleibt er ohne Genehmigung des Prüfungsausschusses einem Prüfungsabschnitt oder einer Einzelprüfung fern, so ist dieser Prüfungsabschnitt oder diese Einzelprüfung mit der Note "ungenügend" nach § 23 Abs. 1 Nr. 6 zu bewerten.

(2) Genehmigt der Prüfungsausschuss den Rücktritt oder das Fernbleiben von einem Prüfungsabschnitt oder einer Einzelprüfung, so gilt dieser Prüfungsabschnitt oder diese Einzelprüfung als nicht unternommen. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn wichtige Gründe vor-

liegen, insbesondere wenn der Prüfling durch Krankheit an der Ablegung der Prüfung gehindert ist. Die Prüfungsbehörde kann die Vorlage eines amtsärztlichen Gutachtens verlangen.

(3) Tritt ein Prüfling mit Genehmigung des Prüfungsausschusses von einem Prüfungsabschnitt oder einer Einzelprüfung zurück, so bestimmt die Prüfungsbehörde den Zeitpunkt, bis zu dem die ausstehende Prüfungsleistung nachzuholen ist, und ob bereits erbrachte Prüfungsleistungen angerechnet werden. Das Nachholen muss spätestens im zweiten auf den ursprünglichen Prüfungstermin folgenden Kalenderjahr erfolgen.

(4) Hat sich ein Prüfling in Kenntnis einer gesundheitlichen Beeinträchtigung oder eines anderen Rücktrittsgrundes dennoch der Laufbahnprüfung ganz oder teilweise unterzogen, so kann ein nachträgliches Rücktrittsgesuch wegen dieses Grundes nicht genehmigt werden.

### § 22

#### Täuschungsversuch, Verstoß gegen die Ordnung

(1) Versucht ein Prüfling das Ergebnis der Prüfung durch Täuschung, Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, unzulässige Hilfe anderer Prüflinge oder Dritter oder durch Einwirken auf mit der Vorbereitung und Durchführung der Laufbahnprüfung beauftragte Personen zu beeinflussen, so ist die betreffende Prüfung mit der Note "ungenügend" nach § 23 Abs. 1 Nr. 6 zu bewerten. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfling durch Entscheidung des Prüfungsausschusses von der Laufbahnprüfung ausgeschlossen werden; diese ist dann insgesamt nicht bestanden.

(2) Verstößt ein Prüfling während der Prüfung erheblich gegen die Ordnung, so ist er vom Prüfer oder Aufsichtführenden oder nachträglich vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu verwarnen. Der Prüfling kann in schwerwiegenden Fällen von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden; die Prüfung ist mit der Note "ungenügend" nach § 23 Abs. 1 Nr. 6 zu bewerten.

(3) Stellt sich nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses heraus, dass mindestens einer der Tatbestände nach Absatz 1 vorgelegen hat, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Abschlussnote berichtigen oder die Laufbahnprüfung für nicht bestanden erklären; dies ist jedoch nur innerhalb einer Frist von fünf Jahren nach Bekanntgabe der Abschlussnote nach § 24 Abs. 6 möglich. Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen.

(4) Der Betroffene ist vor einer Entscheidung nach Absatz 1, Absatz 2 Satz 2 zweiter Halbsatz und Absatz 3 zu hören. Die Entscheidung ist ihm schriftlich mitzuteilen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

### § 23

#### Prüfungsnoten

(1) Die einzelnen Prüfungsleistungen sind wie folgt zu bewerten:

- |                 |  |
|-----------------|--|
| 1. sehr gut     | (1) eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht,  |
| 2. gut          | (2) eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht,  |
| 3. befriedigend | (3) eine Leistung, die im Allgemeinen den Anforderungen entspricht,  |
| 4. ausreichend  | (4) eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht,   |
| 5. mangelhaft   | (5) eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können, |
| 6. ungenügend   | (6) eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.           |

(2) Für jede einzelne Prüfungsleistung darf eine halbe Note als Zwischenstufe im Bewertungsbereich von 1,5 bis 5,5 vergeben werden.

#### § 24 Feststellung der Abschlussnote

(1) Die Abschlussnote setzt sich aus den gewichteten Gesamtnoten der schriftlichen Prüfung und der praktischen Waldprüfung sowie den gewichteten Vornoten zusammen.

(2) Bei der Bildung der Abschlussnote werden die Vor- und Gesamtnoten wie folgt gewichtet:

- |  |             |
|--|-------------|
| 1. Vornote aus der Bewertung nach § 10 Abs. 1 für die Projektarbeit sowie zugehörigem Vortrag im Ausbildungsabschnitt nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 mit | 10 Prozent, |
| 2. Vornote aus der Bewertung nach § 10 Abs. 1 für die Projektarbeit sowie zugehörigem Vortrag im Ausbildungsabschnitt nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 mit | 5 Prozent,  |
| 3. Vornote aus der Leistungseinschätzung nach § 10 Abs. 2 für den Ausbildungsabschnitt nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 mit                                | 10 Prozent, |
| 4. Gesamtnote der schriftlichen Prüfung nach § 19 Abs. 11 mit  | 35 Prozent, |
| 5. Gesamtnote der praktischen Waldprüfung nach § 20 Abs. 6 mit   | 40 Prozent. |

(3) Der Prüfungsausschuss stellt die Abschlussnote nach Absatz 1 und das Bestehen oder Nichtbestehen der Laufbahnprüfung fest. Die Abschlussnote wird auf zwei Dezimalstellen kaufmännisch gerundet berechnet.

(4) Die Laufbahnprüfung ist bestanden, wenn als Abschlussnote mindestens die Durchschnittsnote 4,49 erreicht wird. Abweichend von Satz 1 ist die Laufbahnprüfung nicht bestanden, wenn die Gesamtnote der schriftlichen Prüfung oder der praktischen Waldprüfung schlechter als 4,49 ist.

(5) Für jeden Prüfling, der die Laufbahnprüfung bestanden hat, wird auf der Grundlage der Abschlussnote ein werten-der Ranglistenplatz festgestellt. Prüflinge mit gleicher Abschlussnote erhalten den gleichen Ranglistenplatz und werden in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

(6) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gibt jedem Prüfling seine Abschlussnote und seinen Ranglistenplatz schriftlich bekannt.

#### § 25 Prüfungszeugnis

(1) Wer die Laufbahnprüfung bestanden hat, erhält von der Prüfungsbehörde ein Prüfungszeugnis. Wer die Laufbahnprüfung nicht bestanden hat, erhält von der Prüfungsbehörde einen schriftlichen Bescheid über das Nichtbestehen und eine Übersicht über die Benotung seiner Prüfungsleistungen.

(2) Im Prüfungszeugnis oder im schriftlichen Bescheid nach Absatz 1 sind die Bewertungen in den Prüfungsgebieten nach Noten sowie mit folgenden Worten anzugeben:

- |                 |                                |                |
|-----------------|--------------------------------|----------------|
| 1. sehr gut     | (1) bei einem Durchschnitt von | 1,00 bis 1,49, |
| 2. gut          | (2) bei einem Durchschnitt von | 1,50 bis 2,49, |
| 3. befriedigend | (3) bei einem Durchschnitt von | 2,50 bis 3,49, |
| 4. ausreichend  | (4) bei einem Durchschnitt von | 3,50 bis 4,49, |
| 5. mangelhaft   | (5) bei einem Durchschnitt von | 4,50 bis 5,49, |
| 6. ungenügend   | (6) bei einem Durchschnitt von | 5,50 bis 6,00. |

(3) Die Abschlussnote der Laufbahnprüfung ist im Prüfungszeugnis in Worten anzugeben; hierbei gelten für die Bewertungen "sehr gut", "gut" und "befriedigend" die in Absatz 2 festgelegten Durchschnittsnoten entsprechend; bei einem Durchschnitt von 3,50 bis 4,49 ist die Abschlussnote mit "bestanden" anzugeben. Die Abschlussnote wird im Prüfungszeugnis auch in Ziffern mit zwei Dezimalstellen kaufmännisch gerundet angegeben.

(4) Das Prüfungszeugnis wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Dienstsiegel der ThüringenForst - Anstalt öffentlichen Rechts versehen.

#### § 26 Wiederholung der Prüfung

(1) Eine nicht bestandene Laufbahnprüfung kann in der Regel einmal zum nächstmöglichen Termin wiederholt werden. In begründeten Ausnahmefällen kann die Prüfungsbehörde eine zweite Wiederholungsprüfung zulassen.

(2) Der Antrag auf Wiederholung der Laufbahnprüfung ist spätestens zwei Wochen nach Bekanntgabe des Nichtbestehens der Prüfung schriftlich bei der Prüfungsbehörde einzureichen.

(3) Bis zur Wiederholung der Laufbahnprüfung soll die Verlängerung des Vorbereitungsdienstes erfolgen. Die Prüfungsbehörde legt die Ausbildungsabschnitte für die Verlängerungszeit fest.

§ 27  
Prüfungsakten

Der Prüfling kann auf schriftlichen Antrag an die Prüfungsbehörde innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses bei der Prüfungsbehörde seine Prüfungsakten unter Aufsicht einsehen.

§ 28  
Wirkung der Prüfung

(1) Wer die Laufbahnprüfung bestanden hat, ist befugt, die Bezeichnung "Assessor des Forstdienstes" zu führen.

(2) Das Bestehen der Laufbahnprüfung begründet keinen Anspruch auf Einstellung in den Landesdienst oder in den Dienst der Landesforstanstalt.

**Vierter Abschnitt**  
**Schlussbestimmungen**

§ 29  
Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils für alle Geschlechter.

§ 30  
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 2021 in Kraft.

Erfurt, den 5. Mai 2021

Der Minister für Infrastruktur  
und Landwirtschaft

Benjamin Hoff

**Dritte Verordnung  
zur Änderung der Thüringer Verordnung über die Zuordnung von Funktionen  
zu den Ämtern mit Grundamtsbezeichnungen für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums  
Vom 5. Mai 2021**

Aufgrund des § 16 Abs. 1 Satz 5 und Abs. 3 des Thüringer Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 18. Januar 2016 (GVBl. S. 1, 166, 202), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (GVBl. S. 655) und Artikel 4 des Gesetzes vom 2. Juli 2019 (GVBl. S. 253), verordnet das Finanzministerium:

**Artikel 1**

Die Thüringer Verordnung über die Zuordnung von Funktionen zu den Ämtern mit Grundamtsbezeichnungen für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums vom 18. Januar 2016 (GVBl. S. 47), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Februar 2019 (GVBl. S. 22), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Wird die Funktion im Sinne der Nummer 2.7 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung für die Finanzämter vom 4. Dezember 2020 (BStBl. I S. 1218) in der jeweils geltenden Fassung von einem Bediensteten der Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes wahrgenommen, wird dieser Funktion das Amt 'Oberamtsrat' (A 13 g. D.) zugeordnet."

2. § 4 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Im Landesamt für Finanzen werden im Referat Z 2 der Funktion 'Sachbearbeiter' im Bereich zur Regelung offener Vermögensfragen die Ämter 'Amtmann' (A 11)

oder 'Oberinspektor' (A 10) zugeordnet. Der Funktion 'Mitarbeiter' im Bereich zur Regelung offener Vermögensfragen werden die Ämter 'Hauptsekretär' (A 8) oder 'Obersekretär' (A 7) zugeordnet."

3. § 7 erhält folgende Fassung:

"§ 7  
Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils für alle Geschlechter."

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft.

Erfurt, den 5. Mai 2021

Die Finanzministerin

Heike Taubert



---

Herausgeber und Verleger: Thüringer Landtag.

Druck: Gebr. Frank, 07545 Gera. Erscheinungsweise nach Bedarf.

Verantwortlich für den Inhalt:

1. Der Thüringer Landtag für die Gesetze.
2. Die Thüringer Staatskanzlei für die Rechtsverordnungen der Landesregierung, der Minister und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bezugsbedingungen: Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Bezugspreis im Abonnement jährlich 43,46 Euro. Abbestellungen für das nächste Kalenderjahr müssen bis spätestens 1. November der Landtagsverwaltung vorliegen. Auslieferung von Einzelstücken durch die Landtagsverwaltung. Preis je Doppelseite: 0,15 Euro zuzüglich Versandkosten. Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Herausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes hoheitliche Tätigkeit ist.

Postanschrift: Verwaltung des Thüringer Landtags, 99096 Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1, Tel.: (0361) 3772066, Fax: (0361) 3772016